

Der Salzburger Weg.

Unsere Werte. Unsere Grundsätze. Unsere Stärke.



Der Salzburger Weg.

Unsere Werte. Unsere Grundsätze. Unsere Stärke.

38. a.o. Landeskongress
Freitag, 10. April 2015



www.oevp-sbg.at

INHALT

Präambel

Ein eigenes Grundsatzprogramm für Salzburg. 3

Der Salzburger Weg

Mut zur Zukunft und Vertrauen zu sich selbst. 5

Unsere Positionen

Klare Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit.

Wirtschaft und Arbeit	24
Bildung	30
Gesundheit	35
Sport und Freizeit	38
Energie	40
Mobilität	42
Umwelt und Natur	45
Familie	51
Kultur	53
Medien	56
Sicherheit	58
Raumordnung und Wohnen	62
Europa	66

PRÄAMBEL

Ein eigenes Grundsatzprogramm für Salzburg.

Die Salzburger Volkspartei gibt sich erstmals auch formell ein eigenes Grundsatzprogramm, um den vier elementaren Eckpfeilern unseres Selbstverständnisses Ausdruck zu verleihen. Bereits der Prozess der Erstellung basierte auf den Maximen dieses Grundsatzprogrammes: offener Dialog, breite Einbindung (über die Parteigrenzen hinaus), Transparenz, bewährte sowie moderne Partizipations- und Moderationstechniken, kritischer Diskurs und die Zukunft fest im Blick.

Eigenständig in der Volkspartei.

Die Salzburger Volkspartei ist eine eigenständige und unabhängige Partei. Wir fühlen uns den Salzburgerinnen und Salzburgern verpflichtet und stellen als föderalistische Partei die regionalen Herausforderungen unseres Heimatbundeslandes in den Mittelpunkt. Obgleich rechtlich eigenständig, verstehen wir uns als territoriale Gliederung der Österreichischen Volkspartei, in die wir uns im Sinne der Menschen in Salzburg, Österreich und Europa aktiv einbringen.

Auf der Basis klarer Werte.

Wir verstehen uns als bürgerliche Partei: Unser Handeln für die Menschen orientiert sich nicht an deren Einkommen, Beruf, Geschlecht, Standeszugehörigkeiten oder dergleichen, sondern basiert auf einem gemeinsamen Wertefundament. Dieses Fundament verbindet die Breite der Bevölkerung und verleiht unserer Politik eine eigenständige Handschrift. Wir bekennen uns zu unseren Werten und vertreten sie mit Konsequenz – gleichzeitig akzeptieren wir andere Meinungen, auch wenn wir sie inhaltlich nicht teilen. Das verstehen wir unter standpunktgetreuer Toleranz. An unverrückbaren Grundsätzen halten wir fest, unterscheiden diese aber von veränderbaren Einstellungen. Meinungspluralität und das Gebot des sachlichen Diskurses sind uns wichtig, ebenso wie das Selbstverständnis, unsere Positionen ständig und kreativ zu hinterfragen. Wir wollen bewahren, was Salzburg voranbringt und ändern, was es belastet.

Aufgeschlossen für Neues.

Die Welt und die Gesellschaft verändern sich. Als zukunftsorientierte, bürgerliche Volkspartei verstehen wir den Wandel als Perspektive, Herausforderung und Chance. Neue Entwicklungen mitgestaltend und an der Spitze des Fortschritts stehend, wollen wir dabei auf jenen Werten aufbauen, die uns erfolgreich gemacht haben. Da die Geschwindigkeit des Wandels weiter zunimmt, wird schon in diesem Grundsatzprogramm verankert, es spätes-

tens 2024 grundlegend zu evaluieren. Gerade in Zeiten steigender Orientierungslosigkeit gewinnt die Auseinandersetzung mit Grundsätzen zunehmend an Bedeutung.

Erfolgreich für Salzburg.

Alles, was wir tun, hat ein Ziel: den Interessen der Salzburgerinnen und Salzburger zu dienen, unser Bundesland weiter zu entwickeln und die Lebensqualität weiter zu verbessern. Unsere Visionen für Salzburg orientieren sich an unseren bürgerlichen Werten; deren Umsetzung verfolgen wir konsequent und gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern. Unser Anspruch ist es, Salzburg als eine der lebens- und liebenswertesten und erfolgreichsten Regionen Europas zu erhalten und weiterzuentwickeln.

Der Salzburger Weg.

Mut zur Zukunft und Vertrauen zu sich selbst.

Der Salzburger Weg ist der Weg einer Politik, die auf ein bürgerliches Wertefundament und auf eine Vision für unser Bundesland baut. Es ist ein Weg, der aus unserer christlich-sozialen Tradition entspringt und mit Mut zur Gestaltung weiter verfolgt wird. Glaubwürdiges, ehrliches Handeln und langfristiges Denken kennzeichnen diesen Weg. Wir wollen gestalten.

Gestalten heißt Verantwortung übernehmen.

Diesem Gedanken folgen unsere Grundsätze: Subsidiarität, Freiheit und Eigenverantwortung, Solidarität, Toleranz, Leistung, Nachhaltigkeit, Transparenz, Chancengerechtigkeit und die Möglichkeit, sich Eigentum zu erarbeiten. Dazu zählt auch die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau – diese ist für uns derart selbstverständlich, dass dieses Grundsatzprogramm bewusst auf ein geschlechtsspezifisches Kapitel verzichtet.

Unsere Werte bilden die Klammer unserer Gesinnungsgemeinschaft, die in der Breite der Bevölkerung verankert ist.

Unsere Grundsätze sind eine Leitlinie unseres Handelns, die sich im Alltag bewähren muss. Was wir nicht wollen: mit erhobenem Zeigefinger, den Menschen vorschreiben, wie sie zu leben haben.

Der Salzburger Weg:

Subsidiarität und Föderalismus statt zentralistischer Tendenzen.

Die Salzburger Volkspartei steht für eine Bürgergesellschaft. Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch: Politisches Handeln muss nah bei den Menschen stattfinden. Dazu haben die Entscheidungen und Handlungen auf der kleinstmöglichen Ebene zu erfolgen: Das Prinzip der Subsidiarität muss bei der Aufgabenverteilung zwischen Bürgerschaft und Staat, aber auch zwischen Staat, Ländern und Gemeinden konsequent beachtet werden, um die Entfaltung der individuellen Fähigkeiten, der Selbstbestimmung und Selbstverantwortung jeder Gemeinde, Stadt und Region zu ermöglichen.

Eigenverantwortliches Handeln aktiver Bürgerinnen und Bürger ist die Basis einer lebendigen, erfolgreichen Gesellschaft und hat für uns Vorrang vor staatlicher Intervention. Was die Bürgerinnen und Bürger alleine, in der Familie oder in freiwilligen Zusammenschlüssen besser oder ebenso gut leisten können, soll im privaten Wirkungsbereich bleiben. Die Maxime der Subsidiarität hat für uns insbesondere im Bereich der Familie eine zentrale Bedeutung. Gerade dort wird die Entfaltung individueller Fähigkeiten, der Selbstbestimmung und der Eigenverantwortung Rechnung getragen. Für jene Aufgaben, die sie nicht oder nicht sinnvoll übernehmen können, sind Staat und Gemeinden zuständig.

Auch im staatlichen Handeln gilt der Vorrang der kleineren Einheit vor der größeren. Je mehr Verantwortung dezentral, vor Ort wahrgenommen wird, desto persönlicher, transparenter und demokratischer sind die Entscheidungen; desto treffsicherer die Handlungen; desto mehr lokales Wissen und Erfahrung fließen in die Umsetzung ein und es entsteht daher weniger Verwaltungsaufwand.

Voraussetzung dafür sind selbstbewusste und handlungsfähige Gemeinden und Regionen. Viele Gemeinden, gerade in ländlichen Regionen, stehen jedoch trotz geringen finanziellen Handlungsspielraums zunehmenden Aufgaben gegenüber. Das Übertragen von Aufgaben von der Bundes- und Landesebene auf die Gemeinden muss daher auch mit der entsprechenden finanziellen Mittelausstattung verbunden sein. Aufgaben, Ressourcen und Verantwortlichkeiten gehören klar zugeordnet. Ebenso notwendig ist die eigenverantwortliche Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen staatlichen Ebenen. Subsidiarität

ermöglicht einen Wettbewerb zwischen den Ländern. Ein Wettbewerb der Ideen, um Effizienz, Bürgernähe und Standortfaktoren. Wir stehen diesem Wettbewerb positiv gegenüber. Auch in Bezug auf Steuerhoheit für die Länder.

Außer Frage steht für uns das Gewaltmonopol des Staates im Bereich der Sicherheit. Die Gewährleistung von Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger ist eine der zentralen Aufgaben des Staates und Basis dafür, dass essentielle Werte wie Selbstbestimmung, Verantwortung, Leistung, Eigentum und Solidarität mit Leben gefüllt werden können. Wir sprechen uns klar gegen Privatisierungs- und Auslagerungstendenzen von Sicherheitsaufgaben aus.

Selbst- und Nachbarschaftshilfe und organisierte freiwillige Hilfsorganisationen spielen bei Not- und Krisensituationen in Salzburg eine tragende Rolle. Wir wollen die Freiwilligkeit und das ehrenamtliche Engagement ermöglichen, absichern und unterstützen. Sind die zumutbaren Grenzen der Freiwilligkeit überschritten, muss der Bürger auf die Hilfe staatlicher Organe vertrauen können.

Als Europapartei fordern wir die konsequente Anwendung des Prinzips der Subsidiarität ein. Dem entsprechend fordern wir auch hier mehr Eigenverantwortung und weniger Regulierung der „kleinen“ Dinge des alltäglichen Lebens. Auch hier gilt: weniger Bürokratie, mehr Bürgernähe.

Der Salzburger Weg:

Eigenverantwortung und Freiheit statt staatlicher Bevormundung und Abhängigkeit.

Die Salzburger Volkspartei steht für eine Verantwortungsgesellschaft. Wir sprechen uns klar gegen eine „Vollkasko“-Gesellschaft aus: Die Menschen dürfen nicht zu bloßen Empfängern staatlicher Leistungen degradiert, sondern sollen zur Selbstverantwortung befähigt werden.

Das betrifft insbesondere auch die Arbeitswelt: Die Teilhabe am Arbeitsleben macht uns unabhängig von Sozialleistungen. Wir wollen die Eigeninitiative und soziale Verantwortung der Bürger stärken, anstatt einen Versorgungsstaat errichten, der Abhängigkeiten schafft. Letztlich ist auch die Arbeit aller arbeitsfähigen Menschen die Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit der Wirtschaft und des Sozialstaates.

Gerade für ältere Personen ist Arbeit häufig sinnstiftend und ihre Erfahrung und Wissen werden zunehmend benötigt. Aus diesem Grund und vom Prinzip der Eigenverantwortung und Freiheit abgeleitet sprechen wir uns am Ende der Erwerbsbiografie für eine Flexibilisierung, die auch die Höhe der Altersversorgung beeinflusst, aus.

Das Ziel einer Gesellschaft mit eigenverantwortlichen, selbstbestimmten Bürgern ist nur über Bildung zu erreichen. Wir bekennen uns daher zur gesellschaftlichen und politischen Notwendigkeit einer Bildung, welche die Selbstständigkeit und Fähigkeit zur gesellschaftlichen Teilhabe zum Ziel hat. Diese Bildung muss die individuellen Stärken und Begabungen jedes Einzelnen berücksichtigen, bereits in jungen Jahren entsprechend fördern und über das ganze Leben begleiten. Wir stehen daher zu einem differenzierten Bildungssystem, das Chancengerechtigkeit ermöglicht und für das Schaffen von Strukturen, die berufsbegleitendes und lebenslanges Lernen fördern.

Die Welt der neuen Medien mit der enormen Fülle jederzeit und allerorts zugänglichen Wissens bietet Chancen, erfordert aber auch den Zugang für alle und einen verantwortungsvollen Umgang sowie die Fähigkeit zum kritischen Hinterfragen. Diese Medienkompetenz ist Voraussetzung für eine vollständige Teilhabe am wirtschaftlichen sowie sozialen Leben und muss in der Bildung entsprechend vermittelt werden.

Eigenverantwortung ist auch im Bereich der Gesundheit jedes Einzelnen und unserer Umwelt unerlässlich. Das eigene Verhalten wie zum Beispiel Ernährung, körperliche Bewegung und soziale Kontakte beeinflussen unsere Gesundheit – und damit das ganze Gesundheitssystem – nachhaltig. Ohne eigenverantwortliche Prävention kann unser Gesundheitssystem nicht zukunftsfähig gestaltet werden. Ebenso trägt der Einzelne zum Umwelt- und Klimaschutz bei. Wir setzen aber nicht auf Bevormundung, sondern wollen Anreize schaffen, um ein gesundheits- und klimaförderliches Verhalten zu fördern. Auch hier ist unser Prinzip: Motivation statt Verbote.

Der Rechtsstaat, die Verlässlichkeit und Berechenbarkeit des Rechts und seiner Anwendung, ist Voraussetzung für Freiheit. Wer sich in seinen Freiheitsrechten eingeschränkt fühlt, muss sich damit an eine unabhängige Justiz wenden können, die in überschaubarer Zeit und zu vertretbaren Kosten Recht spricht. Es ist nicht Aufgabe des Staates, individuelle Lebensentwürfe vorzuschreiben. Eingriffe in die Entwicklungs- und Gestaltungsmöglichkeiten des Einzelnen sind daher auf das für ein funktionierendes Zusammenleben unbedingt Notwendige zu beschränken.

Der Salzburger Weg:

Solidarität in Gesellschaft und Familien statt einer Gesellschaft der Egoisten.

Die Salzburger Volkspartei steht für eine Solidaritätsgemeinschaft. Eigenverantwortung und Solidarität stehen in keinem Widerspruch. Im Gegenteil: Wir fordern Verantwortung der Bürger für sich selbst, aber auch für andere, für die Gesellschaft und den Staat. Die Salzburger Volkspartei steht für eine Bürger- und Solidaritätsgesellschaft.

Jeder Einzelne soll sich mit seinen Fähigkeiten und Möglichkeiten einbringen und so am wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt teilhaben. Sozialer Aufstieg muss als Lebensziel ermöglicht werden. Gleichzeitig lassen wir keine Menschen zurück, die Hilfe brauchen. Dort, wo die Kräfte des Einzelnen überfordert sind, sind Gemeinschaft und der Staat gefordert.

Solidarität orientiert sich an der unantastbaren Würde des Menschen. Für uns ist die Förderung der gesellschaftlichen Integration von Menschen mit Behinderung als gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft eine Selbstverständlichkeit.

Die Salzburger Volkspartei steht für ein gutes Miteinander im Land Salzburg. Das Zusammenleben in Familien, Nachbarschaft, Gemeinden und Vereinen wird geprägt von persönlicher Freiheit, Verantwortung und gelebter Solidarität. Die individualisierte, flexible, mobile Welt hat die Formen dieser Gemeinschaften verändert – nicht aber ihre grundsätzliche Wichtigkeit und Notwendigkeit.

Die Unterstützung der Familie, insbesondere dort, wo Kinder sind, ist für uns deshalb ein unverrückbarer Wert und Leitmotiv unseres politischen Handelns. Die Leistungen der Familien für die Gesellschaft und ihren Zusammenhalt sind unverzichtbar und haben unsere volle Wertschätzung. Die Art und Weise, wie Familie tatsächlich gelebt wird, ist einem starken Wandel unterworfen. Es ist nicht unser Anspruch, Familie zu definieren, persönliche Neigungen zu beurteilen oder Lebensentwürfe vorzuschreiben. Dies betrifft auch gleichgeschlechtliche Partnerschaften.

Unser Anspruch ist es, Familien bestmöglich zu unterstützen, wobei wir uns stets am Wohl des Kindes orientieren, das für uns im Mittelpunkt steht. Unsere Familienpolitik soll gewährleisten, dass trotz zunehmender Herausforderungen einer modernen Berufswelt und veränderter Bedürfnisse die individuelle Entscheidung für Familie getroffen werden kann. Maximale Entscheidungsfreiheit der Familien ist unser Ziel, das betrifft vor allem den Bereich der Kindeserziehung sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Jeder Mensch strebt nach Glück. Wir erkennen dies als individuellen Anspruch an. Glück ist ein unentbehrlicher Motor in unserer Gesellschaft. Die Salzburger Volkspartei ist bemüht, dies in ihrer konkreten Politik zu berücksichtigen. Denn erfolgreiche Politik ist nicht nur anhand objektiver Kennzahlen zu messen.

Eine solidarische Gesellschaft muss ihre jüngeren ebenso wie ihre älteren Mitglieder achten, wertschätzen, sie unterstützen und ihnen Möglichkeiten zur Entwicklung und Entfaltung bieten.

Junge Menschen brauchen gute Startbedingungen, um die zukünftigen Herausforderungen meistern zu können. Ein Zugang zu Bildung und Ausbildung von Kindern und Jugendlichen - unabhängig von Herkunft und Hintergrund - ist nicht nur Voraussetzung für eine leistungsfähige Gesellschaft, sondern auch für ein funktionierendes Miteinander. Die Vernetzung von Alt und Jung bringt unverzichtbare Chancen. Unser Bild vom Alter und starre Altersgrenzen müssen in einer Zeit, in der die Aussichten auf ein langes, gesundes und erfülltes Leben in unserem Land so groß sind wie noch nie, überdacht werden. Die Leistungskraft und Lebenserfahrung der älteren Menschen kann und muss für unsere Gesellschaft besser genutzt werden.

Die demographische Entwicklung stellt aber auch zunehmend Herausforderungen an die Solidarität in unserer Gesellschaft: Sinkende Geburtenzahlen, steigende Lebenserwartung und das Vorrücken der geburtenstarken Jahrgänge in höhere Altersgruppen erfordern auch Antworten vor allem in den Bereichen der Pflege und der Pensionen. Kranke und Pflegebedürftige sollen auf die Solidarität der Gemeinschaft vertrauen können. Pflegenden Angehörige erbringen hier eine wichtige Leistung, die durch den Staat zu fördern ist. Gleichzeitig muss der Ausbau der professionellen Pflege den künftigen Bedarf rechtzeitig absichern. Unsere sozialen Sicherungssysteme und der Generationenvertrag haben in der Vergangenheit Großartiges für unsere Gesellschaft geleistet. Ihre Organisation und Struk-

tur muss jedoch in Anbetracht der demografischen Veränderungen den neuen Herausforderungen angepasst werden.

Solidarität kommt nicht vom Staat – sie entsteht in der Mitte der Gesellschaft. Die ehrenamtliche Tätigkeit in Vereinen und Verbänden ist gelebter Ausdruck der solidarischen Gesellschaft und Stütze unseres Gemeinwesens. Kultur-, Sport-, Musik-, Traditions- und zahlreiche andere Vereine und soziale Organisationen übernehmen wichtige Aufgaben für den Erhalt der Lebensqualität, für das Miteinander, Integration und unsere Sicherheit. Die Unterstützung und unsere ehrliche Wertschätzung für alle, die bereit sind, sich ehrenamtlich und freiwillig für das Wohlergehen ihrer Mitmenschen einzusetzen, sind zentral für unser Selbstverständnis.

Als überzeugte Europäer bekennen wir uns zu den Grundwerten der Europäischen Union. Wir achten unser österreichisches historisches, kulturelles und traditionelles Erbe und respektieren die Vielfalt an nationalen und regionalen Traditionen jedes einzelnen Mitgliedsstaates und seiner Bevölkerung. Als erfolgreiches Land tragen wir eine solidarische Verantwortung gegenüber den weniger entwickelten Regionen und gegenüber jenen, die bei uns Schutz vor Krieg und Gewalt suchen.

Unser Ansatz daher: Eigenverantwortung und Solidarität. Individualisierung darf nicht zur Entsolidarisierung der Gesellschaft führen.

Der Salzburger Weg:

Toleranz auf Basis einer starken kulturellen Identität statt Fremdenfeindlichkeit im Namen von Kultur oder Religion.

Die Salzburger Volkspartei steht für eine Kulturgesellschaft. Salzburg ist ein Kulturland, das von der gelebten kulturellen Vielfalt geprägt wird. Wir wollen in unserem Land eine starke und lebendige Kultur, die für Wertschätzung, friedliches Zusammenleben und kritische Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Entwicklungen steht. Wir sind stolz auf unsere Traditionen, wollen sie leben und unterstützen jene, die sie pflegen. Wir sind stolz auf unsere Identität und unsere Wurzeln und erwarten uns auch einen respektvollen Umgang, um Halt und Orientierung in einer sich schnell wandelnden Gesellschaft geben zu können. Kunst und Kultur schöpfen aber ihre Kraft zur Weiterentwicklung immer auch aus dem Austausch mit anderen Kulturen und sind damit Grundlage für eine tolerante, zukunftsfähige Gesellschaft.

Wir bekennen uns zu unseren christlich-sozialen und humanistischen Wurzeln. Gleichzeitig stehen wir für eine Gesellschaft, die tolerant und offen ist gegenüber unterschiedlichen Meinungen, Religionen und Kulturen und sehen in dieser Vielfalt großes Potential. Eine starke eigene kulturelle Identität ist die Voraussetzung für den Dialog mit anderen Kulturen und gegenseitigen Respekt. Kulturelle Unterschiede dürfen nicht als Feindbilder und zu aggressiver Abgrenzung missbraucht werden.

Der Zulauf zu extremistischen Bewegungen bereitet vielen nicht nur in Salzburg zu Recht Sorge. Kulturelle und religiöse Toleranz darf nicht bedeuten, die Augen vor Gefahren extremistischer religiöser Positionen zu verschließen. Hier gilt es, klar zu differenzieren: Freundlich gegenüber der Religion, doch unerbittlich gegen den Fanatismus. Gegen Radikalismus und Gewalt muss konsequent vorgegangen werden; all jenen, die ihre Religion oder Überzeugung friedlich ausüben wollen, begegnen wir mit Offenheit und Toleranz.

Unsere Toleranz endet dort, wo bestehende rechtstaatliche Normen, die Würde der Menschen und die europäische Werteordnung, also unsere Leitkultur, in Frage gestellt oder gebrochen werden oder wo das Sozial- und Rechtssystem missbraucht werden. Bei Missbrauch und Übertretung dieser Grenzen stehen wir für eine Null-Toleranz-Politik. Wir sprechen uns klar und entschieden gegen jede Form des Extremismus, Radikalismus und Terrorismus aus.

Wer vor Krieg oder Verfolgung flieht und schutzbedürftig ist, muss auf Salzburg vertrauen können. Die Unterstützung Asylsuchender ist die solidarische Pflicht unserer Gesellschaft, die europaweit wie in Salzburg verträglich und menschenwürdig zu organisieren ist.

Die Frage von Asyl ist klar von der Frage allgemeiner Migrationsströme zu trennen. Da auch letztere uns vor immer größere Herausforderungen stellen, braucht es durchdachte Zuwanderungspolitik und einen Fokus auf die langfristige Integration von Zuwanderern und ihrer Kinder. Nur wenn diese gelingt, können wir die Säulen der Freiheit und der Solidarität auch in Zukunft aufrechterhalten. Diversität bereichert unsere Gesellschaft und fordert sie heraus. Jeder soll sich bei uns frei entfalten und am sozialen, politischen, wirtschaftlichen, kulturellen Leben teilhaben können. Mit diesen Möglichkeiten sind aber auch Pflichten verbunden, wie die Einhaltung unserer freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung und der Menschenrechte. Toleranz ist eine Maxime der Salzburger Volkspartei – wir lehnen aber jede falsch verstandene Toleranz gegenüber intoleranten Gesellschaftsgruppen ab.

Wir stehen für eine offene Willkommenskultur und erwarten Integrationsbereitschaft. Der Schlüssel für Integration ist das Erlernen der deutschen Sprache. Leistung erachten wir als Integrationsmotor.

Der Salzburger Weg:

Förderung von Leistung und Qualifikation statt einer Abkehr von unternehmerischem Denken.

Die Salzburger Volkspartei steht für eine Qualifikationsgesellschaft. Die Leistungsbereitschaft und die Leistungskraft der Menschen in unserem Land haben Salzburg erfolgreich gemacht: Mit seinem hohen Anteil an Klein- und Mittelbetrieben und seiner Kraft der leistungsbereiten, fleißigen und qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zählt Salzburg zu den innovativsten und wettbewerbsstärksten Regionen Europas. Wir bekennen uns zum Prinzip der ökosozialen Marktwirtschaft, in der Leistung und Wettbewerb verbunden sind mit Verantwortung und Solidarität als Voraussetzung für Wohlstand und ein funktionierendes Gemeinwesen.

Kreative und engagierte Unternehmerinnen und Unternehmer sind Wachstums- und Wohlstands-garanten. Wir sehen es als unsere Aufgabe, ihnen den Rahmen dafür zu bieten: Unsere Region soll für Innovation und Ausbildungsmöglichkeiten, unternehmerische Freiheit, einfachen und unkomplizierten Zugang zu Kapital und ein gründungsfreundliches Umfeld stehen. Der Wunsch, aus seinem Leben etwas machen zu wollen, und zwar aus eigener Leistung, mit eigenem Fleiß, Können und Wissen, bringt uns als Menschen und als Gesellschaft voran. Dieser Antrieb ist bei Unternehmerinnen und Unternehmern wie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu finden. Wir verstehen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Arbeitgeber als gleichwertige Partner.

Einer leistungsfeindlichen, demotivierenden und anreizlosen Politik erteilen wir eine klare Absage. Die Leistung jedes Einzelnen nach seinen Fähigkeiten und in seinen vielfältigen Ausprägungen ist als Chance für die ganze Gesellschaft zu sehen. Daher muss sich Leistung für die, die sie erbringen, auch entsprechend lohnen. Gehaltsentwicklungen haben sich an Leistung und Kompetenz, und nicht an Alter, Geschlecht oder anderen Faktoren zu orientieren. Das Steuersystem soll einfach, gerecht, motivierend und nicht egalisierend sein und soll Privatinitiative und Leistungsfähigkeit nicht behindern, sondern fördern.

Innovatives und vorausplanendes Denken sollen auch im Staat und in der öffentlichen Verwaltung Grundlage von Entscheidungen und Maßnahmen sein. Wir wollen eine sparsame, effiziente und bürgerfreundliche Verwaltung. Wir erkennen aber auch ausdrücklich, dass

dem Staat zahlreiche Aufgaben zukommen, die nicht nach dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit bewertet werden dürfen, insbesondere im Bereich der Unterstützung Hilfsbedürftiger, in Not- und Krisensituationen, im Bereich der Kultur oder bei der Erhaltung notwendiger Infrastruktur.

Die Frage, wie die Chancen, aber auch die Lasten in einer Gesellschaft verteilt sind, ist auch eine Frage der Gerechtigkeit. Es ist ein ständiger Interessensausgleich zu finden zwischen den schwächeren Mitgliedern der Gesellschaft und jenen, die durch ihren Beitrag den modernen Staat mit all seinen Aufgaben finanzieren. Eine zukunftsfähige Chancengesellschaft baut auf die Leistungen ihrer Bürgerinnen und Bürger.

Wir stehen für eine Qualifikationsgesellschaft, die Allianz statt der Konfrontation zwischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern sucht.

Der Salzburger Weg:

Nachhaltige und enkeltaugliche Politik statt Ausbeutung der wirtschaftlichen, natürlichen und sozialen Ressourcen.

Die Salzburger Volkspartei steht für eine Nachhaltigkeitsgesellschaft. Wir sind verantwortlich für die langfristigen Folgen dessen, was wir tun – und was wir nicht tun. Jede Entscheidung für oder gegen eine Handlung muss an den Folgen für die nächsten Generationen und unsere Umwelt gemessen werden. Unser Schöpfungsgedanke umfasst Mensch, Natur und Tiere, die wir als Mitgeschöpfe sehen.

Nachhaltigkeit bedeutet bewahren und ermöglichen: Es bedeutet, unseren Lebensraum und eine intakte Umwelt für die nachfolgende Generation zu bewahren und ihren Spielraum zur eigenen Entfaltung und Weiterentwicklung nicht durch unsere Lebensweise zu beschneiden. Dennoch müssen auch Weiterentwicklungen möglich sein, sie dürfen nur nicht zu Lasten künftiger Generationen gehen. Hier ist ein vernünftiger Ausgleich der Interessen zu finden. Bevormundung unter dem Deckmantel der Nachhaltigkeit lehnen wir ab.

Wir dürfen nicht auf Kosten der Zukunft leben. Voraussetzung dafür sind langfristig ausgeglichene Haushalte. Nicht mehr zu bewältigende Schulden lehnen wir aus unserer bürgerlichen Grundhaltung ab. Ein Leben über die eigenen Verhältnisse geht auf Kosten unserer Kinder und Enkelkinder. Wer mit öffentlichen Geldern spekuliert, spekuliert mit der Zukunft seiner Kinder. Als nicht nachhaltig verstehen wir entfesselte Finanzmärkte und Auswüchse, die die Prinzipien der ökosozialen Marktwirtschaft konterkarieren. Es ist unsere Aufgabe, die Staatsfinanzen in Ordnung zu halten, verantwortungsbewusst mit den finanziellen Ressourcen umzugehen und für Generationengerechtigkeit zu sorgen.

Das Ziel der Generationengerechtigkeit stellt uns auch angesichts der demografischen Entwicklung vor die Aufgabe, mutige und entschlossene Maßnahmen zu setzen. Immer weniger Beitragszahler stehen immer mehr Leistungsempfängern gegenüber. Hier müssen wir gegensteuern und fordern eine generationengerechte Weiterentwicklung des Umlageverfahrens, das den demographischen Entwicklungen Rechnung trägt.

Den Anspruch, nicht über die eigenen Ressourcen zu leben, stellen wir nicht nur in finanzieller Hinsicht, sondern auch in Hinblick auf die Ressourcen der Erde. Effiziente Energie- und Umweltnutzung und der gleichzeitige Umstieg auf erneuerbare Energien sind der einzige Weg, um unsere Energieversorgung sicher und nachhaltig zu gestalten. Unser Ziel der Energieautonomie beinhaltet die ausschließliche langfristige Nutzung regenerativer Energiequellen für Produktion und Verbrauch. Diese Schonung der natürlichen Ressourcen ist nicht nur ein Beitrag im Sinne der nächsten Generation, sondern trägt auch zu einer Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Wertschöpfung bei.

Nachhaltigkeit und wirtschaftlicher Erfolg sind kein Widerspruch, sondern gerade in Salzburg Ergänzung.

Der Salzburger Weg:

Chancengleichheit der Regionen statt Schwächung des ländlichen Raums.

Die Salzburger Volkspartei steht für eine Kooperationsgesellschaft. Das Zusammenspiel der städtischen und ländlichen Strukturen mit ihren jeweiligen Stärken macht Salzburg zu einer der lebenswertesten Regionen Europas. Bei aller Notwendigkeit von funktionalen Unterschieden von zentralen und peripheren Regionen bekennen wir uns zur Gleichwertigkeit urbaner und ländlicher Lebensräume.

Die Bevölkerungsentwicklung wirkt sich unterschiedlich auf die Regionen, Städte und Gemeinden aus. Es ist unsere Aufgabe, die Gemeinden im ganzen Land als Lebensraum der Menschen zu stärken. Die kommunale Selbstverwaltung ist dabei ein hohes Gut, der finanzielle Spielraum eine notwendige Voraussetzung dafür. Investitionen in Bildungsangebote, zeitgemäße Infrastruktur, medizinische Versorgung und öffentlichen Nahverkehr stärken die ländlichen Regionen und die regionale Wirtschaft.

Wir stehen für eine medizinische Grundversorgung der Bevölkerung in Wohnortnähe und einfach erreichbare ärztliche Hilfe in allen Regionen unseres Landes. Wir stehen aber auch für effiziente Strukturen, für koordinierte Gesundheitsleistungen, wirtschaftlich und medizinisch sinnvolle Kooperationen, Spezialisierungen und überregionale Vernetzungen.

Trotz sehr unterschiedlichen demographischen Entwicklungen in den einzelnen Regionen wollen wir gleichwertige Bildungschancen für alle Schüler. Lösungen dafür müssen anhand regionaler Erfordernisse gesucht werden – zentralistisch vorgegebene Schließungen oder Zusammenlegungen von Schulen lehnen wir ab.

Wir bekennen uns zu einer flächendeckenden öffentlichen Infrastruktur, die auch in ländlichen Regionen Mobilität abseits des motorisierten Individualverkehrs ermöglicht. Deshalb sind wir auch strategisch wichtigen Mobilitätsprojekten gegenüber trotz hoher Kosten aufgeschlossen. Möglichst kurze Wege zwischen Wohnen, Freizeit und Arbeit erhöhen die Attraktivität und Lebensqualität im ländlichen Raum und minimieren die nachteiligen Auswirkungen des Verkehrs. Unser Ziel ist es daher, mit einer starken regionalen Wirtschaft Arbeit zu den Menschen zu bringen.

Wir setzen auf die unternehmerische Kraft des Mittelstandes, der Landwirtschaft und des Tourismus als wichtige ökonomische Faktoren im ländlichen Raum. In ihrer Kooperation liegt auch eine große Chance zur Steigerung der regionalen Wertschöpfung und damit zur Stärkung der Regionen als Lebens- und Arbeitsraum für die Menschen. Zusätzliche Möglichkeiten für regionale Arbeitsplätze und –formen bietet auch der technische Fortschritt wie die Digitalisierung. Der Ausbau moderner Informations- und Kommunikationstechnologien, insbesondere von leistungsfähigem Breitband, leistet damit einen Beitrag zur Chancengleichheit der Regionen.

Während im ländlichen Raum unser Fokus auf infrastruktureller Chancengerechtigkeit liegt, gilt es im urbanen Bereich, Antworten auf dessen besondere Herausforderungen im gesellschaftlichen Zusammenleben zu finden. Wir fördern den Innovationsmotor Stadt und erkennen das kreative Potenzial einer stark individualisierten Gesellschaft. Wir wollen aber der Gefahr der Entsolidarisierung und der Vereinsamung im Alter gerade in urbanen Lebenswelten begegnen. Jede Region hat besondere Stärken und Bedürfnisse.

Neben der wirtschaftlichen Entwicklung und Ressourcennutzung muss aber auch der Schutz der Natur und Umwelt Raum finden und sich in das regionale Umfeld einfügen. Wir wollen intakte Lebensräume bewahren und so entwickeln, dass die charakteristische Ausprägung der verschiedenen Landschaften Salzburgs erhalten und wichtige Lebensgrundlagen sowie die Identität der Regionen gesichert werden.

Wir wollen keine Zentralisierung der Lebensräume – weder innerhalb der Städte noch im ländlichen Raum. Entscheidungen im Bereich der Raumordnung nehmen großen Einfluss auf die Entwicklung der Regionen und sollten möglichst regional erfolgen. In besonderem Ausmaß wird ein Lebensraum von seinen Menschen, Traditionen und Bräuchen geprägt. Bürgerschaftliches Engagement im Rahmen von beispielsweise Dorferneuerungsprozessen, regionale Entwicklungsprogramme und die Vernetzung privater Initiativen, Gemeinden, Wirtschaft und Verwaltung sind wichtige Faktoren zur Erhaltung und Entwicklung der Lebensqualität im ländlichen Raum. Die unzähligen Vereine in Salzburg tragen zu einem gelebten Miteinander, Zusammenhalt und Vielfalt unserer Regionen bei. Diese Vielfältigkeit der Regionen wollen wir erhalten, sie erhöht auch die Wahlfreiheit der Bürgerinnen und Bürger und ist wesentliche Charakteristik unseres Landes Salzburg.

Salzburgs Stärke liegt in der Kooperation der Regionen.

Der Salzburger Weg:

Förderung von Eigentum und Vorsorge statt Diskreditierung des Leistungsprinzips.

Die Salzburger Volkspartei steht für eine Vorsorgegesellschaft. Wir setzen uns dafür ein, möglichst vielen Menschen die Schaffung von Eigentum zu ermöglichen. Eigentum ist das Ergebnis geleisteter Arbeit und Ausdruck der Sicherheit und Freiheit. Eigentum ist auch Voraussetzung für unternehmerische Initiativen. Gerade in Salzburg, dessen wirtschaftlicher Erfolg stark von seinen klein- und mittelständischen Unternehmen getragen wird, ist Eigentum an Grund und Boden und an Produktionsressourcen eine wichtige Voraussetzung für die Lebensqualität aller in unserem Land.

Eigentum garantiert nicht nur persönliche Freiheit, sondern schafft auch Verpflichtung gegenüber der Gesellschaft. Beides muss durch den Schutz des Eigentums gesichert und ermöglicht werden. Der Schutz des Eigentums muss dabei gerade auch für die ältere Generation gelten.

Wer sich Eigentum erarbeitet, sorgt damit für sich und für die nächste Generation vor. Von besonderer Bedeutung ist dabei für uns die Bildung von Eigentum im Bereich des Wohnens; es ist dies nicht nur eine Sparform, sondern auch ein Ausdruck der Sicherheit und der Freiheit. Das aus der eigenen Arbeit Geschaffene muss daher auch den nächsten Generationen ohne Substanzverlust weitergegeben werden können. Eine Politik, die Eigentum – und damit Leistung, Vorsorge, eigenverantwortliches und unternehmerisches Handeln – bestraft, widerspricht unseren Grundsätzen.

Der Begriff des Eigentums erstreckt sich nicht nur auf materielle, sondern auch auf geistige Werte. Geistige Eigentumsrechte sind die Grundlage für Engagement in Forschung und Entwicklung und damit für unseren wirtschaftlichen Erfolg. Im Bereich der Kunst und Kultur bekennen wir uns zum Anspruch des Urhebers auf Schutz seines geistigen Eigentums und das Recht auf eine angemessene Vergütung seiner Leistung. Diese wird durch die Digitalisierung vor eine neue Herausforderung gestellt. Wir werden uns dafür einsetzen, dass in diesem Sinne europaweite Regelungen getroffen werden.

Wir sehen Eigentum als Grundpfeiler einer eigenverantwortlichen und vorsorgenden Gesellschaft.

Der Salzburger Weg:

Breite Verankerung in der Bevölkerung statt Politik für Einzelinteressen.

Die Salzburger Volkspartei steht für eine Mitmachgesellschaft. Die steigende Politik- und Institutionen-Verdrossenheit in weiten Kreisen der Bevölkerung macht es umso mehr notwendig, dass wir uns ständig selbst hinterfragen und unsere Standpunkte und Ziele klar und verständlich formulieren. Das ist auch das Anliegen dieses Grundsatzprogramms.

Es genügt nicht, den Entfremdungsvorgang vieler Menschen von der Politik nur zu bedauern - man muss ihm Antworten und Taten entgegensetzen. Umso mehr gebührt unser Dank und unsere Wertschätzung all jenen, die sich politisch engagieren und im Sinne unserer Werte öffentliche Ämter und Funktionen wahrnehmen.

Die Salzburger Volkspartei garantiert durch ihre starken Bezirks- und Teilorganisationen, aber vor allem auch als jene Partei, die mit Abstand die meisten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Österreich und vor allem auch in Salzburg stellt, eine enorme interessenpolitische Breite, eine Realitätsbezogenheit und Bürgernähe. Die Klammer für die daraus möglichen Interessenskonflikte kann und muss die bürgerliche Werthaltung sein, sie ist die Basis dafür, dass an einem Strang gezogen wird.

Diese Struktur hat sich in der Vergangenheit in vielerlei Hinsicht als Erfolgsmodell erwiesen. Gleichzeitig müssen wir alle uns neuen Herausforderungen stellen, vor allem durch die Möglichkeit der niederschweligen Partizipation - etwa projektbezogen oder auf Zeit. Konkret wollen wir den Dialog innerhalb aber auch außerhalb unserer Parteistrukturen intensivieren.

Wir wollen uns den Menschen in Salzburg noch mehr öffnen und sie einladen, ein Stück des Salzburger Wegs mit uns zu gehen.

Wichtig ist uns ein politischer Stil, der konsequent Sacharbeit vor Agitation, mutige Umsetzung als notwendig anerkannte Schritte vor Populismus, Ehrlichkeit vor leeren Verspre-

chungen, Zusammenarbeit vor Streit und einen korrekten, wertschätzenden Umgang mit Mitbewerbern vor persönliche Herabwürdigung stellt.

Die Salzburger Volkspartei ist eine Mitmachpartei.

UNSERE POSITIONEN

Klare Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit.

Wirtschaft und Arbeit:

Mit Innovation und regionaler Stärke eine nachhaltige Basis für Wohlstand und Sicherheit schaffen

Salzburg zählt zu den wettbewerbsstärksten und in manchen Bereichen innovativsten Regionen Europas mit einer niedrigen Arbeitslosenrate, einer hohen Kaufkraft und einem ebenso hohen Lebensstandard. Das hohe Bruttoregionalprodukt sowie die hohe Wertschöpfung pro Kopf im österreichweiten Vergleich machen Salzburg zu einem wichtigen Wirtschaftsstandort in Österreich und Europa. Unsere Wirtschaftsstruktur ist durch Klein- und Mittelbetriebe gekennzeichnet; der starke Dienstleistungssektor mit starkem Fokus auf Handel und Tourismus wird durch einen wettbewerbsfähigen und regional aber auch international verankerten produzierenden Sektor ergänzt.

Nichts desto trotz haben sich die Rahmenbedingungen und Herausforderungen grundlegend geändert. Neben dem demographischen und sozialen Wandel sind vor allem die zunehmende Bedeutung von Wissen, die immer kürzeren Innovationszyklen, die Globalisierung und die Folgen von Wirtschafts- und Finanzkrisen, sowie der Klimawandel und die Ressourcenthematik zu beachten. Neue Arbeitswelten und Digitalisierung, sich ändernde Berufsbilder und Arbeitsverhältnisse, sowie Fachkräftemangel bei gleichzeitiger Arbeitslosigkeit, zählen zu den größten Herausforderungen im Bereich des Arbeitsmarktes.

Wirtschaft

Der Wirtschaftsstandort Salzburg steht für Qualität, Innovation und für hervorragende Lebens- und Arbeitsbedingungen. Wir sehen Salzburg als attraktivste und lebenswerteste Region Europas und glauben an die Kraft und die Zukunftsfähigkeit der großteils familiengeführten mittelständischen Betriebe und der unternehmergeführten heimischen Industrie. Unsere wirtschaftspolitischen Aktivitäten bauen auf den Stärken des Standortes auf, ohne sich neuen Entwicklungen und Innovationen zu verschließen.

- Wir bekennen uns zum Prinzip der ökosozialen Marktwirtschaft als Ordnungsrahmen zur Schaffung von Gemeinwohl und Wohlstand. Sie beruht auf den Grundsätzen von

Freiheit, Leistung, Verantwortung, Wettbewerb und Solidarität. Basis dafür ist eine dynamische, leistungsfähige Wirtschaft, die intelligent wächst und gemeinsam von Arbeitgebern und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern getragen wird.

- Wir bekennen uns zum Wirtschaftswachstum als wesentliche Voraussetzung für Wohlstand und sichere Arbeitsplätze. Zentrale Indikatoren hierfür sind Wertschöpfung und Qualität. Wachstumstreiber sind kreative und engagierte Unternehmer in Kombination mit Innovation und Ausbildung, unternehmerischer Freiheit, einfachem und unkompliziertem Zugang zu Kapital, attraktiven steuerlichen Rahmenbedingungen sowie einem kreativen, gründungsfreundlichen Umfeld. Für eine positive wirtschaftliche Entwicklung ist vor allem die Stärkung der Betriebe mit Eigenkapital vonnöten.
- Eigentum ist Voraussetzung für unternehmerische Initiativen; es garantiert die persönliche Freiheit, schafft aber gleichzeitig auch Verpflichtungen gegenüber der Gesellschaft. Wir setzen uns dafür ein, möglichst vielen Menschen die Schaffung von Eigentum zu ermöglichen.
- Unsere Wirtschaftsstruktur ist durch einen hohen Anteil an KMUs gekennzeichnet; der starke Dienstleistungssektor mit Fokus auf Handel und Tourismus wird durch einen wettbewerbsfähigen und regional verankerten produzierenden Sektor ergänzt. Wir bekennen uns zum Industriestandort Salzburg und dem Anwerben von neuen, zum Standort passenden (Industrie-) Betrieben.
- Eine wesentliche Voraussetzung für Wohlstand ist eine gut ausgebaute Infrastruktur in den Regionen. Damit wird globalen Trends (wie etwa Industrie 4.0 oder Breitbandtechnologie) Rechnung getragen, zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen und gesichert sowie die ländliche Entwicklung nachhaltig gestärkt. Wir bekennen uns darüber hinaus zur Chancengleichheit zwischen ländlichem und urbanem Raum.
- Wir bekennen uns zu einer sozialen und nachhaltig verantwortbaren Marktwirtschaft. Dies betrifft nicht nur umweltökologische Aspekte wie die Verfügbarkeit von Grund und Boden, Ressourcenschonung sowie Umwelt- und Naturschutz, sondern auch die Verantwortung der Unternehmer für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Gesellschaft.
- Der Staat soll nur in Ausnahmefällen als Unternehmer auftreten.

- Das Steuersystem soll einfach, gerecht, motivierend und nicht egalisierend sein und soll Privatinitiative und Leistungsfähigkeit nicht behindern, sondern fördern. Wir bekennen uns zur Sparsamkeit bei den Ausgaben, zum Schuldenabbau im Interesse der nachfolgenden Generationen, sowie dem Grundsatz, dass Einsparungen grundsätzlich Vorrang vor weiteren Belastungen haben. Konkret sprechen wir uns für eine Valorisierung der Steuerklassen zur Vermeidung der Effekte der „Kalten Progression“, die Senkung des Eingangssteuersatzes sowie Investitionsanreize und eine steuerliche Begünstigung der Mitarbeiterbeteiligung aus.

Arbeit

Beste Ausbildung, höchste Erwerbsquote und die Aufnahme aller Erwerbsfähigen in den Beschäftigungsprozess: das sind unsere langfristigen Ziele am Arbeitsmarkt. Dazu setzen wir auf fundierte Ausbildungsmodelle, die Wertschätzung und Nutzung der Potentiale von älteren und jüngeren Personen, sowie den optimalen Transfer von Kompetenzen und Erfahrungen zwischen den Generationen. Genaues Augenmerk ist auch auf die Weiterentwicklung der Regionen zu legen, damit Salzburg weiterhin in einem ausgewogenen Mix zwischen ländlichem und urbanem Gebiet gedeihen kann. Nur durch ein fruchtbares Miteinander von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie Arbeitgebern wird Salzburg erfolgreich sein.

- **Arbeit** ist ein wesentliches sinnstiftendes Element des menschlichen Lebens und der Persönlichkeitsentfaltung. Wir sehen die Arbeit als Basis unseres Sozial- und Wirtschaftssystems und im speziellen von Gesundheit und Wohlstand. In der Arbeit soll jedermann seine erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten einsetzen können. Wir verstehen **Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Arbeitgeber als gleichwertige Partner**.
- Die **Arbeit aller arbeitsfähigen Menschen** schafft die Voraussetzungen für die Funktionsfähigkeit der Wirtschaft und des **Sozialstaates** sowie für Gemeinwohl in der Gesellschaft. Wir stehen für eine generationengerechte Weiterentwicklung des Umlageverfahrens, das den demographischen Entwicklungen Rechnung trägt.
- Die Entlohnung soll leistungs- und kompetenzgerecht sein und ein **Auskommen mit dem Lohn** ermöglichen. Dabei soll der Grundsatz „gleiche Bezahlung für gleichwertige Tätigkeiten“ gelten. **Mehr Leistung muss sich lohnen**. Das Senioritätsprinzip, das Gehaltsentwicklung unabhängig von Leistung und Kompetenzen vorsieht und

jegliche Diskriminierung aufgrund von Alter, Geschlecht oder anderen Faktoren lehnen wir ab. Dem Konzept der Mitarbeiterbeteiligung stehen wir positiv gegenüber.

- Die **Vereinbarkeit zwischen Familie und Arbeit** ist unser großes Anliegen. Familiengründung und die Pflege Nahestehender stellen einen großen gesellschaftlichen Wert dar und sollen keine nachteiligen Folgen auf Karriere, Fortbildung und Entlohnung haben. Möglichst flexible und vielfältige Betreuungsangebote und deren freie Wahl ermöglichen individuelle Lösungen und erleichtern den Wiedereinstieg ins Berufsleben bzw. tragen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei.
- Die **Inklusion** beeinträchtigter Personen verstehen wir als Chance und Notwendigkeit.
- **Fachkräfte** sollen auf Basis verschiedenster Ausbildungsmodelle herangebildet werden, um zukünftige Anforderungen zu meistern. Dabei soll jede Person schon in jungen Jahren nach **Stärken und Begabungen** gefördert werden. Wir stehen für das Schaffen von Strukturen, die **berufsbegleitendes und lebenslanges Lernen** fördern und somit die Bevölkerung auf neue Entwicklungen und **altersgerechte Arbeit** vorbereiten. Die Attraktivierung des Salzburger Arbeitsmarktes für qualifizierte Personen ist uns ein Anliegen.
- Technischen Fortschritt wie etwa Digitalisierung verstehen wir als Chance für neue und regionale Arbeitsplätze und -formen. **Fair** zwischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie Arbeitgebern **vereinbarte flexible Arbeitsbedingungen** schaffen Raum für individuelle und partnerschaftliche Lösungen.
- Die Erfahrungen und das Wissen älterer Personen werden immer mehr von jüngeren Personen und Unternehmen gefragt sein. Gleichzeitig verstehen wir Beschäftigung als sinnstiftend für ältere Menschen. Jede arbeitsfähige Person soll daher die **Dauer ihres Arbeitslebens**, und mit ihr die sich daraus ergebende Höhe der Altersversorgung frei wählen können. Arbeitswillige sollen durch Anreize und durch das Abschaffen von Barrieren unterstützt werden.

Tourismus:

Wettbewerbsfähigkeit durch Qualität erhalten

Salzburg ist ein Kulturland von außergewöhnlicher Schönheit, weltweiter Bekanntheit und das zweitgrößte Tourismus-Bundesland in Österreich. Nach Produktion und Handel trägt bereits der Tourismus am meisten zur Bruttowertschöpfung in unserem Land bei. Das Tourismusland Salzburg soll sich als innovative, nachhaltige, gesunde und internationale Ganzjahresdestination im alpinen Raum etablieren. Qualität, Gastfreundschaft und Authentizität sind die Stärken, auf die wir dabei setzen, familiengeführte Betriebe und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind unser wesentliches Qualitäts- und Unterscheidungsmerkmal. Mit einer qualitativ hochwertigen Infrastruktur und dementsprechenden Angeboten wollen wir entlang der gesamten touristischen Wertschöpfungskette mit einer hohen Erlebnisdichte punkten und ein tourismusfreundliches Umfeld schaffen.

- Wir bekennen uns zum **Ganzjahrestourismus**, sowie zur Entzerrung bzw. Verlängerung der Saisonen. Erklärtes Ziel ist es, auch in den Saisonrandzeiten abseits der Hochsaison hochqualitative Angebote zu bieten, die in weiterer Folge eine bessere Auslastung für die Betriebe und eine möglichst ganzjährige Anstellung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ermöglichen.
- Aufgabe der **Tourismuspolitik** ist es, vor dem Hintergrund unserer Marktposition gesellschaftliche Entwicklungen zu verfolgen, Potentiale und Trends zu erforschen und daraus die Strategien und Handlungsfelder für die Zukunft abzuleiten. Wenngleich der Tourismus in die Kompetenz der Länder fällt, haben doch nationale Gesetze für den Tourismus eine wesentliche Bedeutung; für die Vertretung und Durchsetzung unserer Interessen auf nationaler und europäischer Ebene sehen wir daher eine unbedingte Notwendigkeit.
- Für die künftige **Entwicklung des Tourismus** ist neben dem Fokus auf Wettbewerbsfähigkeit und Qualität insbesondere die Frage der Finanzierung von hoher Bedeutung: Die Anlagen- und investitionsintensive Tourismus- und Beherbergungsbranche hat mit Finanzierungsproblemen zu kämpfen, die durch europäische und nationale Vorschriften zusätzlich verschärft werden. Eine zentrale Aufgabe der Tourismuspolitik ist daher die Erleichterung des Zugangs zu Kapital mittels risikotragenden Finanzierungsmodellen. Auch steuerliche (Investitions-) Anreize sind gezielt zu setzen.

- Eine Steigerung der **Wertschöpfung** soll neben einer kontinuierlichen Umsatzentwicklung zu einer verbesserten Ertragskraft der Betriebe beitragen. Aus unserer Sicht sollte nicht nur die Nächtigungsanzahl, sondern auch die Wertschöpfung als (Wachstums-) Indikator für die touristische Entwicklung gelten.
- Der Fokus auf die **Qualität** ist in jeder Hinsicht - sowohl im Bereich der Beherbergung, der Infrastruktur als auch bei den Mitarbeitern - ein zentrales Thema für die touristische Entwicklung in Salzburg. Wir bekennen uns daher zu qualitativ hochwertigen Angeboten entlang der gesamten touristischen Wertschöpfungskette.
- Die großteils **familiengeführten Betriebe** der Tourismus- und Freizeitwirtschaft – insbesondere im Bereich der Beherbergung – sind das Herzstück des Salzburger Tourismus. Wir bekennen uns daher zu deren Unterstützung, damit diese durch passende Rahmenbedingungen ihr Leistungspotential entfalten können.

Bildung:

Bildung ist ein lebensbegleitender Prozess. Sie stärkt den Einzelnen, unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft.

Bildung ist ein Grundrecht jedes Menschen. Sie trägt maßgeblich zur Entwicklung des Einzelnen und damit zur Gesamtentwicklung unseres Bundeslandes und seiner Gesellschaft bei. Bildung ist ein lebensbegleitender Prozess, in dem Neugierde und Interessen in aller Vielfalt geweckt, individuelle Fähigkeiten, Potenziale und Talente erkannt, gefördert und entwickelt werden. Sie befähigt zu einem sinnerfüllten Leben, befähigt dazu Verantwortung für sich und andere zu übernehmen, vermittelt Wissen und Kompetenzen und die Fähigkeit zur gesellschaftlichen Teilhabe. Ein qualitätsvolles Bildungssystem muss allen Lernenden mit ihren unterschiedlichen Voraussetzungen und kulturellen Hintergründen gerecht werden. Bildungschancen dürfen nicht durch den sozialen Status bestimmt werden. Daher ist bei der Entwicklung des Bildungssystems die Chancengerechtigkeit ein wesentliches Ziel.

- Gesellschaftliche Strukturen, familiäre Verbände und Rahmenbedingungen des Aufwachsens unserer Kinder haben sich in den letzten Jahren stark verändert. Dieser Situation und aktuellen entwicklungspsychologischen Erkenntnissen soll durch geeignete Maßnahmen entsprochen werden. Dadurch soll auch die Möglichkeit geschaffen werden, individuellen Förderbedarf frühzeitig zu erkennen. Insbesondere das Beherrschen der deutschen Sprache muss bereits im frühen Kindesalter sichergestellt werden. Den unterschiedlichen Entwicklungsverläufen und -sprüngen gerade im Volksschulalter muss durch geeignete Konzepte begegnet werden.
- Chancengerechtigkeit ist ein wesentliches Grundprinzip unseres Bildungssystems. Ein differenziertes und leistungsorientiertes Schulsystem, das den individuellen Fähigkeiten Rechnung trägt, wird dem gerecht. Durch begleitende Beratung (Potentialanalysen, Talente-Checks) soll die für die Begabungen und Neigungen des jungen Menschen geeignete Bildungseinrichtung gewählt werden. Wir wollen daher die Diagnose über das Begabungspotential der (jungen) Menschen weiter ausbauen und die individuelle (verpflichtende) Bildungsberatung stärken. Wichtig ist auch, dass die Übergänge an den einzelnen Nahtstellen des Bildungssystems erleichtert und verbessert werden.
- Das Vermitteln von Allgemeinbildung ist wesentlich, um sich als Mensch ganzheitlich zu entwickeln. Die Allgemeinbildung ist Rahmen und Fundament, um sein Spezialwissen sinnvoll einsetzen zu können. Sie vermittelt Wahrnehmungs-, Gestaltungs- und

Urteilsfähigkeit über ästhetische Inhalte und ist Voraussetzung für ethisches und politisches Handeln. Kulturelles Verständnis und philosophisch-humanistische Fragestellungen setzen eine grundlegende Allgemeinbildung voraus.

- Das Bildungssystem stellt eine grundlegende Allgemeinbildung und Berufsmaturität sicher und ermöglicht eine umfassende und vertiefende Bildung. Neben Wissen und Können werden auch die Werte unserer Gesellschaftsordnung, wie zum Beispiel Verantwortungsbewusstsein, Hilfsbereitschaft und Toleranz vermittelt. Die Differenzierung hinsichtlich der Bildungsziele- und -höhe wird durch zusätzliche Schwerpunktsetzungen unterstützt.
- Die hochwertige duale Berufsausbildung ist ein österreichisches Erfolgsmodell, das in vielen anderen Ländern hohe Anerkennung findet. Das berufsbildende höhere Schulwesen ist ebenfalls unverzichtbar und muss weiterentwickelt werden. Berufliche Bildung ist ein Garant für die Durchlässigkeit des Bildungssystems. Gut ausgebildete Fachkräfte sichern die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft.
- Wir sind für ein abgestimmtes Nebeneinander von Inklusion und Zentren für Inklusiv- und Sonderpädagogik. Kinder mit besonderen Bedürfnissen sollen im inklusiv-differenzierten Schulsystem gleichermaßen nach ihren Fähigkeiten gefordert und gefördert werden. Dreh- und Angelpunkt des Kindeswohls liegt auch bei den Eltern. Den verschiedenen Bedürfnissen von Kindern mit Beeinträchtigungen wird mit dem Elternwahlrecht bezüglich der Schulwahl entsprochen. Inklusive Klassen und Sonderschulsettings sind in diesem Zusammenhang wichtige Bestandteile eines inklusiven Schulangebotes.
- Die Begabungs- und Exzellenzförderung ist uns ein besonderes Anliegen. Wir müssen alle Talente und Kompetenzen von besonders begabten Kindern im Bundesland Salzburg sichern und fördern. Flächendeckender Ausbau der Begabungs- und Exzellenzförderung. Ausbau der Schulqualitäten in Richtung Begabungserkennung und Begabtenförderung. Stärkung der anwendungsorientierten Begabungsforschung und der vorhandenen Netzwerke und Kooperationen.
- Das ganztägige Betreuungsangebot an Schulen leistet einen wichtigen Beitrag zur individuellen Förderung und zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dieses Angebot soll, entsprechend der Wahlfreiheit - als Nachmittagsbetreuung, oder auch in der ganztägig verschränkten Form - flächendeckend vorhanden sein. Das ermöglicht eine flexible Einteilung von Lern- und Freizeit und bedarf gleichzeitig pädagogisch adäquater baulicher Maßnahmen.

- Um berufstätigen Eltern die Betreuung ihrer Kinder zu erleichtern, sollen diese zwischen dem Schulsprengel ihrer Heimatgemeinde und dem Ort ihrer beruflichen Tätigkeit wählen können.
- Wir sind für einen weiteren Ausbau der Schulautonomie. Der Umfang der eigenständigen pädagogischen, unterrichtsorganisatorischen, personaler und budgetärer Gestaltungs- und Entscheidungsmöglichkeiten der einzelnen Schulen soll erweitert werden. Ziel ist, eine Stärkung der Handlungseinheit „Schule“. Dadurch kommt es zu einer weiteren Entbürokratisierung und Demokratisierung. Eine verstärkte Fortbildung der Schulleiter/innen ist dafür unbedingt notwendig. Auf neue Herausforderungen müssen die Schulen mit einer starken Profil- und Teambildung reagieren können.
- Die Schulpartnerschaft ist zu stärken, denn Schulautonomie gelingt nur, wenn alle Beteiligten partnerschaftlich an der Weiterentwicklung der Schule arbeiten können. Die Schulpartner sollen am Standort den Schulentwicklungsprozess gestalten und flexibel auf die Erfordernisse, Wünsche und Bedürfnisse der Schüler/innen, Lehrer/innen und Eltern eingehen.
- Politische Bildung soll in den Schulen als Pflichtfach geführt werden. Sie befähigt die Schüler zur demokratischen Mitsprache und Mitgestaltungsmöglichkeit. Politische Bildung hat die Aufgabe, das Verständnis für gesellschaftliche Zusammenhänge zu vermitteln. Dies ist Voraussetzung für eine konstruktive Mitarbeit an gesellschaftlichen Aufgaben.
- Der Religionsunterricht ist wesentlicher Teil der allgemeinen und beruflichen Bildung. Er geht über reine Wissensvermittlung hinaus, legt spirituelle und weltanschauliche Quellen offen und macht sie transparent. Wir befürworten den konfessionellen Religionsunterricht, weil er zu einer erlebbaren religiösen Lebenswelt führt und Schüler/innen zu verantwortlichem, tolerantem Denken und Verhalten in Gesellschaft und Glaube und zum interreligiösen Miteinander befähigt. Der Ethikunterricht vermittelt Wissen über Religionen, Werte, Weltanschauungen und philosophische Fragestellungen. Er ist religiös-weltanschaulich neutral zu halten. Wir unterstützen eine flächendeckende Einführung eines verpflichtenden Ethikunterrichtes für jene Schüler, die keinen Religionsunterricht besuchen, damit auch sie ein Wertewissen und Wertebewusstsein vermittelt bekommen.
- Die Vermittlung von Medienkompetenz ist gegenwärtig wichtiger denn je. Der Umgang mit digital gestützten Lehr- und Lernformen, gemeinsamen Lernszenarien und kooperativen orts- und zeitunabhängigen Formen des Wissenserwerbs sind ebenso wie

aktive und passive Medienkompetenz Schlüsselqualifikationen des 21. Jahrhunderts. Das dadurch ermöglichte lebensbegleitende Lernen wird in Zukunft ein unverzichtbarer Bestandteil der allgemeinen und beruflichen Bildung sein. Diese Entwicklungen sollen durch geeignete Maßnahmen landesweit unterstützt werden.

- Lehrkräfte und Erziehende leisten eine wichtige Arbeit für die gesamte Gesellschaft. Pädagoginnen und Pädagogen tragen neben Eltern und Familie die pädagogische Verantwortung für die Bildung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen. Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Pädagoginnen und Pädagogen ist uns daher ein Anliegen. Zeitgemäß und bedarfsgerecht ausgestattete Arbeitsplätze in ausreichender Anzahl sind Voraussetzung für eine hohe Schulqualität.
- Als tertiäre Bildungseinrichtung gehören die Pädagogischen Hochschulen dem Wissenschaftsministerium unterstellt, mit dem Ziel, sie in Pädagogische Universitäten zu überführen. Eine verpflichtende Lehrerfort- und -weiterbildung soll als wesentliches Element der Personalentwicklung der für Personalangelegenheiten zuständigen Stelle zugeordnet werden.
- Grundsätzlich soll im gesamten Schulbereich der Bund die Kompetenz einer Rahmen- und Richtliniengesetzgebung besitzen. Die gesamte Vollziehung im Bereich des Schulwesens erfolgt über die Behörde in den Ländern.
- Die Vollzugskompetenz des Landes ermöglicht einen bedürfnisgerechten Einsatz der Ressourcen und eine regionalspezifische Schulstruktur und Schulentwicklung. Die unterschiedlichen sozialen Strukturen zwischen urbanem und ländlichem Bereich führen zu unterschiedlichen Bedürfnissen. Daher ist die gegenwärtig weitgehend einheitliche, weil zentral vorgegebene, Struktur nicht effizient. Regional differenzierte Lösungen sind notwendig.
- Schulen sind als Treffpunkt für alle Generationen wichtige Zentren der Gemeinden und stärken damit das Zusammenleben in der Gemeinschaft. Sie tragen wesentlich zur Identität und Attraktivität einer Gemeinde bei. Als Bildungsstandort müssen sie bedarfsorientiert weiterentwickelt werden, um den modernen Bildungsansprüchen gerecht zu werden. In jeder Gemeinde muss es mindestens einen Schulstandort geben. Um die Schule im Ort sicherzustellen, können Kleinschulen zu Schulverbänden zusammengefasst werden.

- In einer sich ständig verändernden Welt ist kontinuierliche Weiterbildung Voraussetzung für den beruflichen Erfolg. Die Erwachsenenbildung muss als lebenslanges und lebensbegleitendes Lernen noch stärker in allen Berufsfeldern, über alle Unternehmensebenen und im Bildungssystem berücksichtigt werden. Attraktive Umschulungs- und Weiterbildungsprozesse qualifizieren jede Altersgruppe nachhaltig für sich selbst und die Gesellschaft.
- Wissenschaft und Forschung sind essentielle Faktoren für gesellschaftliche, kulturelle und wirtschaftliche Weiterentwicklung. Diesem Stellenwert muss durch entsprechende Förderung Rechnung getragen werden. Der Ausbau von Wissenschaft und Forschung hat unter größtmöglicher fachspezifischer Durchlässigkeit und höchstmöglicher Flexibilisierung im Studium zu erfolgen.
- Salzburgs Universitäten, Hochschulen und Fachhochschulen sind ein wesentlicher Bestandteil des Bildungs- sowie Wissenschafts- und Forschungsstandortes Salzburg. Diesen zu stärken und auszubauen ist unser erklärtes Ziel. Die Zusammenarbeit dieser Einrichtungen – insbesondere die Bereiche Biowissenschaft und Gesundheit mit der PMU – ist weiter voranzutreiben. Ein besonderes Anliegen ist uns der Ausbau von Naturwissenschaft und Technik und die Förderung von Frauen in diesen Bereichen. Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass den Universitäten, Hochschulen und Fachhochschulen ausreichend finanzielle wie personelle Ressourcen zur Verfügung stehen, um das hohe Niveau und die Qualität zu erhalten beziehungsweise auszubauen.

Der Wissenstransfer von der wissenschaftlichen zur angewandten Forschung ist uns wichtig, daher wollen wir unter anderem die betriebliche Forschung gezielt fördern und verstärken. Es geht im Besonderen um die ausreichende Sicherung und Weiterentwicklung der nationalen und internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Salzburger Wirtschaft und die Chancen zur Ausschöpfung und Hebung der Wettbewerbsfähigkeit in jenen Produktions- und Dienstleistungsbereichen, in denen aus der Gunst der räumlichen und entwicklungsbedingten Voraussetzungen die Stärken der Salzburger Wirtschaft liegen.

Gesundheit:

Gesundheitssystem effizient gestalten und für die Zukunft sichern

Die demografischen Veränderungen haben gravierende Auswirkungen auf unser Gesundheitssystem. Sinkende Geburtenzahlen, steigende Lebenserwartung und das Vorrücken der geburtenstarken Jahrgänge in höhere Altersgruppen wirken sich immer stärker auf die Altersstruktur der Bevölkerung aus. Der Anteil der Menschen unter 20 Jahren, der 2014 noch 20,6 % beträgt, wird für 2054 auf nur mehr 18 % prognostiziert und der Anteil der Bevölkerung mit 65 Jahren und älter wird von 17,7 % auf etwa 29 % steigen. Ein im Jahr 2013 geborenes Mädchen hat eine Lebenserwartung von 84,3 Jahren, ein Bub wird im Schnitt 79,5 Jahre alt werden. Neben einer Verlagerung der Zielgruppen, die Gesundheitsleistungen in Anspruch nehmen, kommt es dadurch auch zu einer Veränderung im Leistungsspektrum: chronische Erkrankungen und altersspezifische Krankheitsbilder nehmen zu. Auch die Zahl der Pflegefälle wird stark ansteigen.

Um auch weiterhin den steigenden Ansprüchen sowie den demografischen Veränderungen gerecht werden zu können, ist es unerlässlich, das Gesundheitswesen so effizient wie möglich zu organisieren. Wesentliche Aspekte für das Gesundheitssystem der Zukunft sind zudem die Stärkung der Eigenverantwortlichkeit sowie der Prävention mit dem Ziel der möglichst langen Gesunderhaltung.

- Kranke und Pflegebedürftige sollen auf die Solidarität der Gemeinschaft vertrauen können. Jeder - unabhängig von Geschlecht, sozialem Status, Alter, Bildung, Herkunft, Einkommen oder Wohnort - soll die Hilfen der Medizin und Pflege in Anspruch nehmen können. Dabei muss das Gesundheitswesen sowohl für den Einzelnen als auch für die Gemeinschaft dauerhaft finanzierbar bleiben und der effiziente, qualitätsgesicherte und zielgerichtete Einsatz der finanziellen Mittel gewährleistet sein. Wir stehen für eine **regionale Gesundheitsversorgung** der Bevölkerung im Sinne einer wohnortnahen Grundversorgung und einfach erreichbarer, ärztlicher Hilfe in allen Regionen unseres Landes, täglich und rund um die Uhr.
- Wir bekennen uns zu einer abgestuften Versorgung mit Sicherstellung koordinierter Gesundheitsleistungen über alle Regionen sowie zu wirtschaftlich und medizinisch sinnvollen Kooperationen, Spezialisierungen und überregionalen Vernetzungen.

- Im **Bereich der Pflege** stellt uns die demografische Entwicklung in Zukunft vor immer größere Herausforderungen, insbesondere in Hinblick auf personelle Ressourcen und Finanzierbarkeit. Um die Pflege der Bevölkerung auch in Zukunft sicherstellen und die damit zusammenhängenden Ausgaben auch langfristig finanzieren zu können, soll ein Versicherungsmodell auch die Pflege in Zukunft absichern und ermöglichen.
- Die Pflege im familiären Umfeld ist Ausdruck einer solidarischen, fürsorglichen Gesellschaft und gleichzeitig eine wichtige Entlastung des staatlichen Gesundheitssystems. Sie entspricht den Grundsätzen der Subsidiarität, Eigenverantwortung und Solidarität. Wir bekennen uns zur Unterstützung der pflegebedürftigen Menschen und Familien, die ihre Angehörigen zu Hause pflegen, sowie zum Ausbau der professionellen, extramuralen Pflege.
- Es sollen Verhältnisse geschaffen werden, die ein Sterben in Würde möglich machen, wobei die Entscheidungsfreiheit des Einzelnen miteinzubeziehen ist. Die Patientenverfügung erscheint uns diesbezüglich als probates Instrument. In Bezug auf die Diskussion um die Sterbehilfe warnen wir ausdrücklich davor, Betroffene bewusst oder unbewusst unter Druck zu setzen. Ökonomische Überlegungen dürfen diesbezüglich grundsätzlich keine Rolle spielen. Wir sehen also am Ende des Lebens eine erhöhte Schutzbedürftigkeit. Dies gilt auch für den Beginn des Lebens. Auch wenn wir die rechtliche Realität der Fristenlösung zur Kenntnis nehmen, so ist es unser Ziel, alles zu unternehmen, damit es zu keinen Abtreibungen kommt. Dazu braucht es Beratung, Aufklärung und jede nur erdenkliche Hilfestellung.
- Das Angebot von Einrichtungen der Rehabilitation, um nach schweren oder chronischen Erkrankungen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und die Arbeitsfähigkeit möglichst rasch wieder zu gewinnen, soll forciert werden.
- **Wissenschaft und Forschung** auf dem Gebiet der Medizin und Pflege sind unabdingbar für die verbesserte Heilbarkeit, Behandlung und Pflege und liegen im Interesse der Gesellschaft. Gerade in Salzburg ist die universitäre Medizin und Pflege von großer Bedeutung. Schwerpunktsetzungen, überregionale Kooperationen und die Eingebundenheit in ein internationales Netzwerk von Wissenschaft, Forschung und Lehre dienen dem Ziel effizienter Medizin und Pflege, die direkt zum Nutzen der Menschen in Salzburg eingesetzt wird.

- Unser Gesundheitswesen beruht auf dem System der Sozialversicherung und der Finanzierung durch die öffentliche Hand ebenso sehr wie auf der Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger. Wir wissen, dass Faktoren wie Herkunft, Bildung, Arbeit, Einkommen und Wohnverhältnisse sowie das eigene Verhalten, wie zum Beispiel Ernährung, körperliches Bewegungsverhalten und soziale Kontakte, die Gesundheit maßgeblich beeinflussen. Hier muss angesetzt werden, um die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger für ihre Gesundheit weiter zu stärken: Erhöhung der Gesundheitskompetenz, Bildungsmaßnahmen, Bewusstseinsbildung und Information sind dabei der Schlüssel zum Erfolg.
- Wir setzen uns für eine präventive Gesundheitspolitik und Vorsorgemedizin ein. Auf der Basis von Erkenntnissen aus der Forschung und Evaluierungen müssen die entsprechenden Maßnahmen der Prävention und Vorsorge möglichst früh beginnen und möglichst alle Bürgerinnen und Bürger einbinden. Um positive gesundheitsförderliche Verhaltensänderung zu bewirken, müssen die Maßnahmen gemeinsam mit den Zielgruppen geplant und nachhaltig umgesetzt werden und zum Ziel haben, die gesunden Lebensjahre der Bevölkerung zu erhöhen.
- Gute Gesundheitsversorgung braucht die besten Fachkräfte: Im Interesse der Betreuung kranker und pflegebedürftiger Bürgerinnen und Bürger sollen die Berufe in der Medizin, Gesundheitsversorgung und Pflege gestärkt und attraktiver gemacht werden. Zudem sollen die bestmögliche Aus- und Weiterbildung in den Gesundheitsberufen in allen Regionen gefördert werden.
- Wir verstehen den wachsenden Gesundheitsmarkt als Chance sowie als Motor für Wachstum und Arbeitsplätze in allen Bezirken. Deshalb unterstützt die Salzburger Volkspartei die weitere Ansiedlung von qualitativ-hochwertigen Unternehmen aus dem Gesundheitsbereich, von Rehabilitationseinrichtungen sowie von Betrieben, die dem gesundheitsorientierten Tourismus dienen.

Sport und Freizeit:

Positive Wirkung für Gesellschaft und Wirtschaft erkennen und fördern

Sport und Freizeit haben einen elementaren Stellenwert im Leben der Menschen und in der Gesellschaft und bilden eine wesentliche Grundlage für die Lebensqualität in unserem Bundesland. Sport und Freizeit sind ein Abbild der gesellschaftlichen Entwicklung und gestalten diese gleichzeitig mit.

Vor allem die demografischen Veränderungen in der Gesellschaft stellen auch die notwendigen Rahmenbedingungen für Sport und Freizeit vor neue Herausforderungen. Durch die höhere Lebenserwartung und die längere Vitalität stellen zunehmend ältere Menschen ein bedeutendes Potenzial für den Sportmarkt dar. Veränderte Beschäftigungsstrukturen, bei denen sich der Anteil an körperlicher Arbeit verringert, führen zu einem vermehrten Ausgleich durch sportliche Betätigung. Auch die Veränderungen der Arbeits- und Freizeitwerte lassen die Bedeutung des Sports kontinuierlich zunehmen. Die freie Zeitznutzung ist Ausdruck von Freiheit und Sport und fördert für Jung und Alt eine gesunde Lebensführung. Für die aktuellen Entwicklungen gilt es die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, vor allem im Hinblick darauf, dass der Sport durch seine Leistungen für Gesundheit, Integration, Wirtschaft und Tourismus sowie durch seine pädagogische Wirkung eine breite gesellschaftliche Wirkung hat.

- Wir sind uns der Bedeutung der Förderung sportlicher Aktivitäten und der Ermöglichung sinnvoller Freizeitgestaltung bewusst und unterstützen ein breites Angebot an Sport- und Freizeitmöglichkeiten für alle Altersgruppen. Ein besonderes Augenmerk wird auch auf den nicht an Vereine gebundenen Breiten- und Freizeitsport gelegt, der in seiner Bedeutung ständig zunimmt.
- Wir bekennen uns zur Förderung von Spitzenleistungen, weil die damit verbundene Vorbildwirkung das allgemeine Leistungsdenken fördert. Die positive Vorbildwirkung des Spitzensports gilt es bestmöglich zu nutzen und die Auswirkungen müssen auch dem Breitensport zu Gute kommen. Die gezielte Betreuung des Nachwuchses bildet die Grundlage für Spitzensport und trägt zu künftigen sportlichen Erfolgen bei.

- Der Sport lebt auch von Sportveranstaltungen. Sportliche Veranstaltungen sind ein wichtiger Faktor für die Vorbildwirkung sowie für den heimischen Tourismus und die heimische Wirtschaft; sie sichern und schaffen Arbeitsplätze. Bei Sport-Großveranstaltungen legen wir in Salzburg Wert auf eine ökologische, ökonomische und soziale Nachhaltigkeit. Qualität soll Vorrang vor Quantität haben.
- Vereine und Verbände und die ehrenamtliche Arbeit, die dort geleistet wird, sind das Grundgerüst des Sportwesens. Wir unterstützen ein breites Sport- und Freizeitangebot und bekennen uns zu einer notwendigen finanziellen Ausstattung der Vereine und Verbände in Sport und Freizeit. Die verlässliche Förderung der Vereine und der dort ehrenamtlich Tätigen sind wesentliche Ziele. All jenen, die sich um Angebote im Sport- und Freizeitbereich in uneigennütziger Weise kümmern, gebührt öffentliche Anerkennung.

Energie:

Effiziente Nutzung und sichere Versorgung verbindet Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit

Die Entwicklungen im Bereich der erneuerbaren Energien gehen rasant voran. So konnte in Salzburg zwischen 2005 und 2012 der Anteil der regenerativen Energieträger am Gesamtenergieverbrauch von 33,6% auf 44,3% gesteigert werden. Im selben Zeitraum blieb der Energieverbrauch trotz Wirtschaftswachstum konstant. Ein deutliches Zeichen, dass auch im Bereich der Energieeffizienz wesentliche Fortschritte erzielt wurden.

Effiziente Energienutzung und der gleichzeitige Umstieg auf erneuerbare Energie in allen Bereichen ist auch in Zukunft der einzige Weg, um eine sichere, leistbare und umweltverträgliche Energieversorgung sicherzustellen. Wir bekennen uns daher zu ambitionierten, nachhaltigen Energiezielen. Langfristig streben wir Energieautonomie an. Daher wollen wir uns im Energiebereich nicht von anderen Regionen und Ländern abschotten, sondern über das Jahr betrachtet, bei Produktion und Verbrauch ausgeglichen, ausschließlich auf regenerativen Energiequellen basierend, bilanzieren. Wir sehen die Energiepolitik nicht nur im Lichte des Klimaschutzes und der langfristigen Versorgungssicherheit, sondern unter Beachtung der Wettbewerbsfähigkeit als wesentlichen Beitrag zur Steigerung der Wertschöpfung und der Schaffung von Arbeitsplätzen.

- Die Erreichung der Ziele ist nur möglich, wenn sowohl beim Ausbau erneuerbarer Energieträger, als auch im Bereich der Energieeinsparung und Energieeffizienz wesentliche Fortschritte erzielt und parallel angegangen werden.
- Unser Land besitzt ein enormes Potenzial an natürlichen Energieschätzen, die regional oft unterschiedlich verteilt sind. Bei der Erschließung regenerativer Energiequellen achten wir besonders auf lokale Stärken und klammern keine Verwertungsmöglichkeit im Vorhinein aus. In diesem Sinne sollen Wasserkraft, Windenergie, Sonnenenergie, Biomasse, Umgebungswärme, Geothermie und andere natürliche Energieressourcen in unterschiedlicher Intensität unter Berücksichtigung von Effizienzaspekten dazu beitragen, die Abhängigkeit im Energiebereich zu verringern. Einzigartige Naturjuwelen sollen jedoch weiterhin unberührt und geschützt bleiben.

- Effizienter und sparsamer Einsatz von Ressourcen, so auch von Energie, ist nicht nur im Sinne der Nachhaltigkeit, sondern auch eine Frage der Wirtschaftlichkeit für Unternehmen und besonders auch für jeden einzelnen. Deswegen gehört es zu unserem Selbstverständnis, dass Salzburg in diesem Bereich weiterhin eine Vorreiterrolle einnehmen soll.
- Die Hebung der Einsparungs- und Effizienzpotenziale soll primär durch Beratung und Anreizschaffung umgesetzt werden und nachrangig durch neue Vorschriften und Bürokratie.
- Die Einbindung der Bürger in die Energiepolitik ist uns wichtig, besonders bei der Gestaltung und Umsetzung von Gesamtkonzepten. Offener Dialog und seriöse Informationen sind dazu die Basis, gerade auch bei lokalen Einzelprojekten und Einzelmaßnahmen. Wir wollen ehrliche Überzeugungsarbeit leisten und sind aber am Ende dieses Weges bereit, die nötigen Entscheidungen zu treffen. Das langfristige Wohl des ganzen Landes und seiner Bevölkerung ist dabei unser wichtigster Kompass.
- Jeder hat in seinem Lebensbereich unterschiedliche Möglichkeiten, etwas zum Gelingen der Energiewende beizutragen. Wir sehen es deswegen nicht nur als staatliche Aufgabe, diese umzusetzen, sondern auch als die Verantwortung jedes einzelnen seinen Teil beizutragen!

Mobilität:

Mit gezielten Anreizen und technologischem Wandel am Weg in die Zukunft

Das private und berufliche Mobilitätsbedürfnis der Bevölkerung ist in den letzten Jahrzehnten rasant gestiegen. Deswegen ist Mobilität mehr denn je ein wichtiges Element persönlicher Lebensgestaltung. Wir sehen es als Aufgabe, diesem weiter steigenden Bedürfnis umfassend gerecht zu werden.

Wir wollen dabei die Bürger bei der Wahl ihres Verkehrsmittels nicht bevormunden, sondern Anreize richtig setzen und geeignete, klimaverträgliche Alternativen zum motorisierten Individualverkehr schaffen. Uns ist dabei bewusst, dass der Ausbau des öffentlichen Verkehrs in der bisherigen Form in Salzburg aufgrund seiner Topographie auch seine Grenzen hat. Die Salzburger Volkspartei bekennt sich jedoch zu einer flächigen öffentlichen Verkehrsinfrastruktur, die es auch in ländlichen Regionen ermöglicht, zumindest teilweise auf den Individualverkehr zu verzichten.

- Öffentlicher Verkehr, E-Mobilität, Fahrrad und eine intelligente und zugleich anwenderfreundliche gemeinsame Nutzung von Fahrzeugen verringern die klimaschädlichen Emissionen des Verkehrs und sollen eine Grundversorgung an Mobilität im Land Salzburg sicherstellen. Die Salzburger Volkspartei ist offen für diese Weiterentwicklungen und will diese unterstützen. Wir achten dabei auf Umweltverträglichkeit und sorgsamem Umgang mit öffentlichen Mitteln.
- Forschung und Entwicklung tragen wesentlich dazu bei, die Sicherheit und Energieeffizienz im Verkehrsbereich bedeutend zu verbessern und negative Umweltauswirkungen zu verringern. Wir sind deshalb offen für neue Entwicklungen und unterstützen diese.
- Strategisch wichtigen Mobilitätsprojekten, insbesondere was den öffentlichen Verkehr angeht, sind wir trotz hoher Kosten aufgeschlossen. Projekte, die für nachfolgende Generationen einen bedeutenden Mehrwert generieren, sehen wir als wichtige Investition in die Zukunft und sind deswegen auch dafür, diese langfristig zu finanzieren.

Technische Infrastruktur:

Moderne Netze für beste Versorgung schaffen

Der technologische und technische Wandel des 20. Jahrhunderts setzt sich auch im neuen Jahrtausend in unvermindertem Tempo fort. Die stetig wachsende Automatisierung bzw. Digitalisierung in vielen Bereichen ist nur ein Beispiel dafür.

Die zuverlässige, wirtschaftliche und flächendeckende Versorgung mit technischer Infrastruktur ist als eine wesentliche Säule einer modernen Gesellschaft und Wirtschaft nicht mehr weg zu denken. Nur wenn diese weiter ausgebaut, umgebaut und modernisiert wird, ist eine positive Weiterentwicklung möglich. Wegen der enormen Bedeutung für unser Land muss ein Mindestmaß an öffentlichem Einfluss, auch in Form von Eigentum, weiter aufrecht erhalten bleiben, um die Versorgungssicherheit zu garantieren. Als Land mit moderner Infrastruktur bietet Salzburg nicht nur besondere Merkmale eines attraktiven Wirtschaftsstandortes, sondern auch eine wesentliche Voraussetzung für die hohe Lebensqualität der Bevölkerung.

- Salzburg ist ein zentraler **Verkehrsknotenpunkt** in Mitteleuropa. Das Land verdankt seinen Wohlstand zu einem wesentlichen Teil dieser regional und überregional sehr guten Verkehrsanbindung. Der Erhalt und Ausbau dieser zentralen Rolle ist auch unter Berücksichtigung der Erfordernisse des Wirtschaftsverkehrs, sowohl für den Wirtschaftsraum, als auch für den Arbeitsmarkt in Salzburg von zentraler Bedeutung. Bei der Stärkung und Weiterentwicklung wollen wir dabei Bedacht auf die vorhandene gute Lebensqualität nehmen.
- Erneuerbare Energieträger verändern die **Elektrizitätsinfrastruktur** erheblich. Wenige große Stromerzeugungseinheiten werden durch viele dezentrale Standorte ergänzt oder ersetzt. Diese oft auch volatile Stromproduktion braucht starke Netze. Unser Bekenntnis zur erneuerbaren Energie ist deswegen auch ein Bekenntnis zur nötigen Übertragungsinfrastruktur.
- Die Weiterentwicklung der Elektrizitätsnetzinfrastruktur zu intelligenten Netzen (smart grids) sehen wir dabei als wesentlichen Beitrag zur Optimierung der notwendigen Strominfrastruktur. Netze der Zukunft tragen zur Implementierung dezentraler erneuerbarer Energieformen und Steigerung von deren regionalen Nutzungseffizienz bei und unterstützen die Bevölkerung bei der Hebung von Energiesparpotentialen.

- Die Salzburger Volkspartei bekennt sich zum Salzburger **Flughafen** und tritt für eine nachhaltige Weiterentwicklung unter Einbindung der Bevölkerung ein.
- Wir sehen Gemeinden und Genossenschaften als Garant für eine dauerhaft funktionierende und wirtschaftliche **Trinkwasserversorgung, Abwasser- sowie Abfallentsorgung**.
- **Informations- und Kommunikationstechnologien** sind ein unverzichtbarer Teil des täglichen Lebens geworden und tragen erheblich zu Wirtschaftswachstum, Produktivitätssteigerung, Lebensqualität und Chancengleichheit der Regionen bei. Wir sehen es als eine zentrale Aufgabe an, der gesamten Gesellschaft und Wirtschaft auch in ländlichen Gebieten Zugang zu modernen, leistbaren und stabilen Breitbandnetzen zu ermöglichen.

Umwelt und Natur:

Umwelt schützen, unsere Lebensgrundlagen bewahren

Wir leben inmitten einer einzigartigen Naturlandschaft. Das ist ein großes Geschenk, aber gleichzeitig auch eine große Verantwortung, damit sorgsam umzugehen.

Natur hat einen Eigenwert, der auch ohne einen direkten menschlichen Nutzen vorhanden ist. Dieser Eigenwert verpflichtet uns, Salzburgs Lebensräume mit ihrer biologischen Vielfalt und der hohen Wasserqualität zu erhalten. Der Mensch ist ein Teil der Natur; er sollte weder als höherwertigen Bestandteil der Natur verstanden noch als störendes Element betrachtet werden, das in der Natur gerade noch geduldet oder aus ihr ausgeschlossen wird. Es muss die Balance zwischen freier Entfaltung, sozialer Gerechtigkeit und Schutz der Umwelt erreicht werden.

Die Politik sollte einen Ausgleich zwischen öffentlichen, wirtschaftlichen und privaten Interessen herstellen, ohne dass die Ressourcen nachhaltig geschädigt werden. Es ist unsere Aufgabe, das Land Salzburg mit seinen natürlichen Lebensräumen und deren charakteristischen Eigenschaften zu bewahren und zu entwickeln und damit die Umwelt ökosozial zu erhalten und zu gestalten. Wir müssen so mit unserer Landschaft umgehen, dass auch unsere Kinder und Enkelkinder Salzburgs Naturjuwelen genießen können.

- Intakte Lebensräume überdauern größere Zeiträume in ihrer Originalität. Salzburgs Landschaften und Naturräume in allen Regionen sind die Grundlage für unser Leben, unsere Arbeit und unser Einkommen. Sie sind aber auch Heimat, in der wir uns wohlfühlen und auf deren Schönheit wir stolz sind.
- Das Bewahren und Entwickeln intakter Lebensräume im Land Salzburg sichert die charakteristische Ausprägung der verschiedenen Landschaften Salzburgs und damit wichtige Lebensgrundlagen und die Identität der Regionen. Artenschutz für Tiere und Pflanzen soll die notwendige Vielfalt an Lebewesen und die Stabilität der Ökoregionen sichern. Wirtschaftliche Entwicklung und Ressourcennutzung müssen Raum finden und sich in das regionale Umfeld einfügen. Zu fördern ist die Weiterentwicklung der traditionellen Landwirtschaft mit ihrer regionalen Artenvielfalt.
- Energiegewinnung ohne Atomstrom ist für uns selbstverständlich. Zur Energiegewinnung wenden wir nur Techniken an, die keine längerfristigen Schäden an Boden, Gewässern und Luft verursachen.

- Eigentum geht einher mit Gestaltungsmöglichkeit, fordert aber auch ein hohes Maß an Verantwortung gegenüber Natur und Landschaft. Die Nutzungen der Flächen bestimmen die Qualität und Originalität einer Region. Wir fordern Respekt vor Eigentum und gegenseitige Rücksichtnahme der verschiedenen Naturnutzer. Unantastbar sind für uns aber die Grundrechte der Bevölkerung, der Gemeindegebrauch der Gewässer, die freie Begehbarkeit des Waldes zu Erholungszwecken und das freie Wegerecht im Bergland.
- Intakte Lebensräume ermöglichen die nachhaltige Entwicklung von Wertschöpfung, landwirtschaftlicher Nutzung, touristischer Entfaltung und die Sicherung der Lebens- und Wohnbedürfnisse sowie der Arbeitsplätze. Vor allem der Erhalt der Ressourcen Wasser, Gewässer, Boden und Luft sowie Landschaft, ökologisches Gleichgewicht der Natur und eine maßvolle Nutzung sind die Voraussetzung dafür.
- Jeder Mensch ist im Rahmen seiner Eigenverantwortung verpflichtet, seinen Beitrag für einen intakten Lebensraum zu leisten. Gesetzgebung, Verwaltung, Politik und Wirtschaft müssen im Rahmen der Gesamtverantwortung handeln. Öffentliche, wirtschaftliche und private Bedürfnisse sind zu gewichten und abzuwägen. Die Politik muss bei landesweiten Großprojekten die Sorgen der Bevölkerung ernst nehmen, aufgreifen und aktiv mit der Bevölkerung Lösungen suchen. Enteignungen dürfen dabei nur die Ausnahme sein. Wir wollen im Bundesland Salzburg eine einfache und klare Gesetzgebung sowie einen einheitlichen, unkomplizierten Verwaltungsvollzug.

Ländlicher Raum und Landwirtschaft:

Salzburgs Regionen als Heimat der Menschen stärken

Salzburgs Lebensräume sind sowohl urban als auch ländlich und prägen unsere Identität gleichermaßen. Unsere Aufgabe ist es, gleichwertige Lebensbedingungen in allen Landesteilen und zwischen urbanen und ländlichen Räumen sicherzustellen und den Menschen Perspektiven in ihrer Heimat zu ermöglichen. Der Erhalt einer intakten Umwelt ebenso wie das nachhaltige Sichern wirtschaftlicher Lebensgrundlagen ist eine wichtige Voraussetzung für die Stärkung des ländlichen Raumes. Dabei spielt die Landwirtschaft in Salzburg eine große Rolle. Gut ausgebildete, leistungsorientierte Familienbetriebe bewirtschaften ihren Grund und Boden eigenverantwortlich und nachhaltig und leisten damit einen Beitrag für einen attraktiven Lebensraum und einen wirtschaftlich erfolgreichen Tourismus in Salzburgs Regionen.

Landwirtschaft

- Unsere land- und forstwirtschaftlichen Betriebe sollen unabhängig von ihrer Lage, Bewirtschaftungsform, Produktionsausrichtung und Betriebsgröße eine wirtschaftliche Perspektive haben und ihren Betrieb auch in Zukunft eigenverantwortlich weiterentwickeln können. Das Eigentum von Grund und Boden ist für die bäuerlichen Familienbetriebe das wichtigste wirtschaftliche Fundament und sorgt für Stabilität. Wir stehen für die Wahrung der Eigentumsrechte ein.
- Die Herausforderungen für die landwirtschaftlichen Betriebe werden auch in Salzburg größer und die Bedingungen schwieriger. Gerade in einem globalisierten Konkurrenzumfeld bieten eine unternehmerische Denkweise, eine umweltorientierte und nachhaltige Bewirtschaftung und eine Konzentration auf Qualitätsprodukte Chancen für eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft. Der hohe Anteil ökologisch wirtschaftender Betriebe in Salzburg zeigt, dass wir hier bereits auf einem guten Weg sind.
- Die Landwirtschaft erbringt mit der Erhaltung des Landschaftsbildes und der Produktion sicherer und gesunder Lebensmittel wichtige Leistungen für unsere Gesellschaft. Die Akzeptanz für diese Arbeit in der Bevölkerung und das Bewusstsein und die Preisbereitschaft für die regionalen Lebensmittel sind eine notwendige Voraussetzung zur Aufrechterhaltung dieser Leistungen und Sicherung von Arbeitsplätzen in der Region.
- Eine Stärkung des ländlichen Raums erfolgt auch durch den Kauf heimischer Produkte im Bereich des Tourismus. Ein glaubwürdiger Salzburger Qualitätstourismus setzt voraus, dass Hotellerie und Gastronomie ihren Gästen Produkte aus der Region anbieten. Aus dieser Kooperation entsteht ein Mehrwert für Tourismus, Landwirtschaft und die Region.
- Zur Sicherung der regionalen Versorgung bedarf es einer Stärkung der Verarbeitungsbetriebe und Vermarktungsinitiativen, wie Direktvermarktung und/oder eine gemeinsame Vermarktung durch Genossenschaften.
- Um Erwerbskombinationen und eine betriebliche Weiterentwicklung zu ermöglichen und gleichzeitig bei der Ressource „Boden“ zu sparen, ist die Raumordnung flexibler und kreativer zu handhaben.

- Eine hohe fachliche Qualifikation ist Voraussetzung für einen funktionierenden ländlichen Raum in jeder Hinsicht. Aus- und Weiterbildungsangebote sind dezentral und der Region angepasst zur Verfügung zu stellen. Dafür braucht es die landwirtschaftlichen Schulen inklusive ihrer land- und forstwirtschaftlicher Betriebe als Ausbildungsstätten, sowie ein breites Angebot an Weiterbildungsmöglichkeiten mit zukunftsorientierten Lehrplänen und innovativen Ansätzen.

Ländlicher Raum

Um den ländlichen Raum als Lebens- und Wirtschaftsraum mit einer intakten Kultur- und Naturlandschaft attraktiv zu erhalten und den Menschen in ihrer Heimat Perspektiven zu ermöglichen, bedarf es mutiger Entscheidungen, die auch neue Entwicklungen ermöglichen.

- Arbeitsplätze in Wohnortnähe sind unbedingte Voraussetzung für den Erhalt des ländlichen Raumes. Wir wollen dabei Arbeit zu den Menschen bringen und nicht umgekehrt. Landwirtschaft, Tourismus, Gewerbebetriebe und nachgelagerte Sektoren sichern Arbeitsplätze in der Region.
- Mit Investitionen in Bildungsangebote, zeitgemäße Infrastruktur und öffentlichem Nahverkehr stärken wir ländliche Regionen und die regionale Wirtschaft. Leistbares Wohnen, soziale Einrichtungen und Freizeitangebote müssen auch im ländlichen Raum gewährleistet sein. Ländliche Kleinstgemeinden benötigen darüber hinaus konkrete Unterstützung, damit die Mindeststandards der Daseinsvorsorge in allen Gemeinden sichergestellt sind.
- Raumordnung am Land verlangt Flexibilität. Priorität muss es sein, Familien im Ort zu halten und der Zersiedelung entgegenzuwirken. Baulandmodelle sowie gemeinde- und regionsübergreifende Projekte sind zu forcieren.
- Wir bekennen uns zu zukunftsorientierten Infrastrukturmaßnahmen, auch wenn diese mit einem hohen finanziellen Aufwand verbunden sind: Sie sind Investitionen in einen Lebensraum, der auch unseren Kindern noch als Heimat dienen soll.
- Lebendige Lebensräume brauchen lebendige Ortskerne. Die Wirtschaftskraft in den Ortskernen muss durch einen verantwortungsvollen Umgang mit Gewerbeflächen gewahrt bleiben. Entrümpelung, Vereinfachung und Differenzierung bei den Richtlinien tragen dazu bei, dass „der Wirt im Dorf bleiben“ kann.
- Der Tourismus ist eine wichtige Einnahmenquelle für den ländlichen Raum. Die Natur und die gut gepflegte Kulturlandschaft Salzburgs motivieren die Touristen zum Besuch.

Vertragsnaturschutz geht vor hoheitlichem Naturschutz. Naturschutz darf nicht starr sein, sondern muss sich den natürlichen Veränderungen in der Tier und Pflanzenwelt anpassen.

- In der kommunalen Gemeinschaft werden Miteinander, Solidarität, Eigenverantwortung und Engagement täglich gelebt. Gelebte Tradition, Brauchtum und Kultur sowie kirchliche Feste haben ihre historische, kulturelle und gemeinschaftliche Bedeutung und müssen entsprechenden Raum finden. Wir bekennen uns zur Förderung der zahlreichen Vereine in Salzburg, die wichtige gesellschaftliche Aufgaben übernehmen.
- Bürgerschaftliches Engagement ist eine wichtige Quelle regionaler und kommunaler Stärke; Dorferneuerungsprogramme und regionale Entwicklungskonzepte werden häufig wesentlich von privaten Akteuren, neben Kommunen und staatlicher Verwaltung, getragen.
- Salzburgs 119 Gemeinden wirtschaften vorbildlich und zeichnen sich durch Bürgernähe aus. Eine Zusammenlegung von Gemeinden lehnen wir entschieden ab. Wir wollen weiter den Salzburger Weg der interkommunalen Zusammenarbeit gehen.

Familie:

Familien unterstützen, Entscheidungsfreiheit ermöglichen

„Familie leben“ ist Wunsch und Ziel für die große Mehrheit der Bevölkerung. In Familien erfahren Menschen Erfüllung, Zusammenhalt, Geborgenheit und Kompetenzen, an denen sie wachsen können. Die Leistungen der Familien für die Gesellschaft und ihren Zusammenhalt liegen auf der Hand, sind unverzichtbar und haben unsere volle Wertschätzung.

Die Art und Weise, wie Familie tatsächlich gelebt wird, ist einem starken Wandel unterworfen mit zahlreichen Möglichkeiten und Freiheiten, Familie individuell zu leben und zu gestalten. Es ist nicht unser Anspruch, Familie zu definieren, persönliche Neigungen zu beurteilen oder Lebensentwürfe vorzuschreiben. Unser Anspruch ist es, Familien bestmöglich bei der Kindererziehung und bei der Betreuung pflegebedürftiger Mitglieder zu unterstützen. Zentraler Bestandteil ist für uns die verantwortete Elternschaft, das Wohl von Kindern und Eltern hat Vorrang.

Familiengründung erfolgt heute häufig in der so genannten „Rush hour“ des Lebens. Familien begegnen dabei immer größeren Herausforderungen, wobei die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie der hohe Anspruch an die Kindererziehung und Betreuungspflichten im Familienverband zentrale Themen darstellen.

- Familie ist überall dort, wo Eltern mit Kindern, Kindern mit Eltern sind und füreinander Verantwortung übernommen wird. Wir, die Salzburger Volkspartei, erkennen Familie per se als Wert. Sie ist die kleinste Einheit, wo füreinander in Freiheit und Solidarität Verantwortung langfristig getragen wird. Wir lehnen jegliche Form der Diskriminierung und Bevormundung ab.
- Unsere Familienpolitik unterstützt Frauen, Männer und Kinder bei der Bewältigung familiärer und partnerschaftlicher Herausforderungen im Lebensalltag. Jeder soll Familie in Freiheit, Verantwortung und Solidarität leben können. Unser Ziel ist eine familienfreundliche Gesellschaft, bei der alle Beteiligten in einer Haltung der Partnerschaftlichkeit zusammenarbeiten.
- Wir wollen den veränderten Bedürfnissen von Familien Rechnung tragen und die Rahmenbedingungen für Familienleben nachhaltig verbessern. Familienpolitik hat die Möglichkeiten zu gewährleisten, dass die individuelle Entscheidung FÜR eine Familie getroffen werden kann und dass „Familie leben“ unterstützt wird. Wir wollen, dass der Wunsch

nach Kindern und Familie verwirklicht werden kann. Dazu braucht es sowohl gesellschaftliche Anerkennung als auch familienpolitische Rahmenbedingungen.

- Die Herausforderungen liegen vermehrt im Mangel an Zeit für und in den Familien, den gesellschaftlich formulierten „Idealen“, hohen Erwartungen und der Schnelllebigkeit unserer Umwelt. Familienpolitische Maßnahmen müssen sich daher durch einen Mix aus Geld, Zeit und Infrastruktur auszeichnen.
- Im Mittelpunkt steht das Kind und damit auch die Entscheidung der Eltern und Familien über die Ausgestaltung der Betreuung. Sowohl in der Kinderbetreuung, als auch bei der Pflege ist die Entscheidung der Familien, Eltern oder Kinder ohne Wertung zu akzeptieren. Es muss eine Gleichwertigkeit und Akzeptanz der gewählten Betreuungsform gegeben sein. Qualitativ hochwertige und bedarfsgerechte Kinderbetreuungs- und Bildungseinrichtungen, sowie Pflegeeinrichtungen zur Unterstützung der Familien müssen flächendeckend vorhanden sein.
- Wir wollen Familien ermutigen und unterstützen: Es ist unabdingbar, dass Familien selbstverantwortlich Entscheidungen treffen, doch wo sie an Grenzen stoßen, müssen sie die notwendige Unterstützung erhalten. Dazu gehört die finanzielle Entlastung und Förderung von Familien, die zielgerichtet auszugestalten ist. Vielfältige Unterstützungsangebote im Zusammenleben und in der Organisation sollen Familien bei der Bewältigung der täglichen Herausforderungen helfen. Diese sind im Bereich Erziehung, Bildung, Gesundheit und Pflege ebenso notwendig, wie beim Thema Wohnraum und Finanzen. Die intensiven Beziehungen und gegenseitige Hilfestellung in der Familie können durch den Staat niemals ersetzt werden. Mit unseren Angeboten wollen wir die Familien dabei aber auch im Sinne der Sozialisation des Kindes begleiten und unterstützen.
- Einer der Schlüssel zur Entlastung von Familien ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Arbeitswelt ist durch flexible Arbeitszeiten und eine Flexibilisierung des Betreuungsangebotes besser an die Bedürfnisse der Familie anzupassen. Wiedereinstiegsmöglichkeiten für Frauen und Männer nach familienbedingten Auszeiten müssen gewährleistet sein, wozu auch Weiterbildungsmaßnahmen während Karenzzeiten wesentlich beitragen. Das Zusammenspiel von Familien und Arbeitswelt muss Müttern wie Vätern sowohl die Vereinbarkeit als auch den flexiblen Wechsel zwischen beiden Bereichen erleichtern. Familienfreundlichkeit bedeutet für Familien und Wirtschaft eine Win-Win-Situation.

Kultur:

Unsere unverwechselbare kulturelle Identität und Weltoffenheit stärken

Salzburg ist ein Kulturland, das von der gelebten kulturellen Vielfalt im regionalen, europäischen und internationalen Kontext geprägt wird. Kultur und Kunst liefern das Fundament unserer demokratischen Gesellschaft und – gerade in Salzburg – unseres wirtschaftlichen Wohlstandes und unserer Lebensqualität. Sie geben Halt und Orientierung in einer sich schnell wandelnden Gesellschaft, gerade im Zeitalter von omnipräsenten virtuellen Lebenswelten und Scheinwirklichkeiten.

Salzburg soll ein inspirierendes, innovatives Kulturland sein, das einen idealen Nährboden für Kunst- und Kulturschaffende und kreative Produktionen bietet. Anstelle eines „Entweder-Oder“ zwischen den Sparten soll ein Miteinander stehen, welches durch Verknüpfung viel Neues ermöglicht. Kultur muss für alle zugänglich sein, ohne Barrieren und unabhängig von kultureller Herkunft.

- Für die ÖVP Salzburg bedeutet Kultur in ihrer breiten gelebten Vielfalt und ihrer

Ausdrucksformen das (Er-)Leben und die Sichtbarmachung von Identität, Wurzeln und Innovations- und Wandlungsfähigkeit. Kultur reflektiert und schafft Werte. Das Nachdenken über das Woher, Wohin, Warum und Wie ermöglicht Veränderung und Weiterentwicklung. Kultur hat in all ihren Ausdrucksformen und Sparten per se einen Wert, der in ihrer Bedeutung für die Region und ihre Menschen liegt. Kunst und Kultur sind somit Grundlagen für eine tolerante zukunftsfähige Gesellschaft.

- Die Freiheit der Kunst ist unumstößlich; wir bekennen uns zum diesbezüglichen Diskurs im gesellschaftspolitischen Kontext, vor allem international und interkulturell. Die Freiheit der Kunst und der Meinung ist das Fundament, damit auch in Zukunft die kulturelle Vielfalt als ein breites Miteinander und Nebeneinander bestehen kann. Regionale Unterschiede sind Qualitätsmerkmal und Indikator für ein reiches kulturelles Leben.
- Wir bekennen uns zum Anspruch des Urhebers auf Schutz seines geistigen Eigentums und das Recht auf eine angemessene Vergütung seiner Leistung. Diese wird durch die Digitalisierung vor eine neue Herausforderung gestellt. Wir werden uns dafür einsetzen, dass in diesem Sinne europaweite Regelungen getroffen werden.

- Wir treten ein für eine freie, offene, lebendige Kultur, die für einen barrierefreien Zugang, respektvollen Umgang, Wertschätzung, friedliches Zusammenleben, kritische Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Entwicklungen sowie Reflexion und Förderung von Kreativität und Kommunikation steht.
- Die kulturelle Vielfalt soll gepflegt und gefördert werden, weil sie Grundlage und Identität der Unterscheidungskraft für Salzburg weltweit ist. Die regionalen Volkskulturen werden dabei als Ressource anerkannt. Das Bekenntnis zu Kunst und Kultur in regionalen Ausprägungen sowie zu unseren Wurzeln ist wichtige Grundlage, bereichert durch Pioniergeist und Wissenschaften.
- Wir wollen eine Gesellschaft fördern, die aktives Tun ermöglicht und Schaffenskraft unterstützt. Vor allem Kinder und Jugendliche sollen durch Ausbildung und Kultur-/Kunstvermittlungs-Maßnahmen zur Kunstausübung sowie Teilnahme angeregt und zur freien eigenen Meinungsbildung und Bewertung befähigt werden.
- Ziel unserer Kulturpolitik ist die Förderung eines Nährbodens, der produktives Schaffen, Eigenverantwortung und auch Überlebensfähigkeit im Wettbewerb ermöglicht. Das klare Bekenntnis zu Salzburg als wandlungsfähiges herausragendes Kulturland ist dafür Grundlage, damit optimale Rahmenbedingungen für Kultur- und Kunstschaffende entstehen können. Die öffentliche Hand ermöglicht dies durch finanzielle Förderungen und nichtmonetäre Unterstützungen.
- Im Bereich der öffentlichen Förderungen (auch für EU-kofinanzierte Förderungen) sind Qualität und der Fokus auf Nachhaltigkeit die wichtigsten Kriterien und Voraussetzungen, um sinnvolle Investitionen in die Kreativität, Reflexions- und Innovationsfähigkeit einer Gesellschaft zu ermöglichen. Ziel muss sein, barrierefreie Kulturstätten zu gewährleisten.
- Die Tätigkeit im Ehrenamt im Bereich Kunst und Kultur garantiert eine lebendige Kultur- und Kunstszene im ganzen Bundesland und wird daher wertgeschätzt und die ehrenamtlich Tätigen und ihre Vereine und Gruppen unterstützt. Ebenso wird das selbstgesteuerte Unterstützen der Kultur durch Private (Sponsoring und Mäzenatentum sowie Freundesvereine) bestmöglich gefördert. Um aktive und passive Kultur- und Kunstaus-

übung zu ermöglichen, bemüht sich die Öffentlichkeit auch um Zurverfügungstellung von „Raum“ (im engeren und weiteren Sinn) sowie Stabilität.

- Voraussetzung für Kultur als gesellschaftspolitisches Wirken sind schöpferische Vielfalt, Experimentierfreude und demokratischer Zugang. Publikumszuspruch und wirtschaftlicher Erfolg dürfen nicht die einzigen Bewertungskriterien kreativer Entfaltung sein. Die Förderung von Kunst-/Kultur-Produktion sowie Hilfestellung bei Reflexion und Vermittlung sind uns ein Anliegen. Das Erfahren von Kultur und die Auseinandersetzung mit Kunst soll bereits Kindern ermöglicht werden; Bildung ist dafür die Voraussetzung. Daher wird der Wert von künstlerischen Ausbildungen und kultureller Bildung als Menschenbildung anerkannt. Diese künstlerischen Ausbildungen sollen frühestmöglich in das öffentliche Bildungssystem integriert werden.
- Die öffentliche Hand ist verpflichtet, Kunst und Kultur zu unterstützen. Gleichzeitig muss das bürgerschaftliche Engagement gefördert werden. Die Legislative ist gefordert, Rahmenbedingungen und Anreiz für private Kunst- und Kulturförderung durch verantwortungsvolle Privatpersonen, Einrichtungen und Unternehmen zu schaffen.

Medienpolitik im digitalen Zeitalter:

Medienvielfalt bewahren, Digitalisierung als Chance nutzen.

Unabhängige Medien sind ein Grundpfeiler in unserer pluralistischen Gesellschaft. Wir wollen eine Medienlandschaft, in der Meinungsvielfalt und Informationsfreiheit sichergestellt sind, Qualität gefördert wird, Privatsphäre und insbesondere Jugend geschützt werden. Alle Bevölkerungsgruppen sollen an den stets wachsenden Angeboten teilhaben können. Regulierende Eingriffe sind insbesondere dort gerechtfertigt, wo ein fairer Wettbewerb gefährdet ist.

- Die Erhaltung der Medienvielfalt liegt im Interesse der Demokratie und der Meinungsvielfalt. Printmedien stehen durch die Digitalisierung vor neuen Herausforderungen. Wir sehen es als politische Verpflichtung, Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine vielfältige, qualitativ hochwertige Medienlandschaft ermöglichen. Die Bandbreite dabei liegt zwischen steuerlicher Entlastung und Förderung der Qualität und des Vertriebes.
- Die in Österreich spät und langsam gewachsene duale Medienordnung von privatem und öffentlich-rechtlichem Rundfunk kommt mit der Digitalisierungsoffensive und den neuen IT-Techniken zunehmend unter Druck. Ein fairer, auf die Finanzierungsformen abgestimmter Wettbewerb zwischen den beiden und untereinander soll jeweils angemessene Entwicklungschancen bieten.
- Wir bekennen uns zu einem starken, qualitativ anspruchsvollen und vielfältigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk, dessen Kernaufgabe, der öffentlich-rechtliche Auftrag, regelmäßig nachzuweisen, zu überprüfen und allenfalls nachzuschärfen ist. Ein besonderes Anliegen unserer Medienpolitik ist im regionalen und lokalen Bereich das Bekenntnis zu einem angemessenen Anteil an Sendungen, die vom Rundfunkveranstalter selbst gestaltet sind. Wir werden und dafür einsetzen, dass Europäische Werke auch in privaten Fernsehprogrammen ausreichend Platz finden.
- Der Einsatz der digitalen Technologie beschleunigt Fusionsprozesse nicht nur zwischen den Rundfunkanbietern, sondern auch zwischen Print- und elektronischen Anbietern, mit dem Ziel, sämtliche Bereiche des Produktions- und Verwertungsbereiches abzudecken. In diesem Umfeld ist die Erhaltung der Medien- und Meinungsvielfalt zum Beispiel mittels eines verschärften Kartellrechts politische Notwendigkeit.

- Die Digitalisierung bringt große Chancen, aber auch enorme Herausforderungen für unsere Gesellschaft. Die rasche Vermehrung des jederzeit und allorts zugänglichen Wissens und das grenzenlose Angebot an digitalen Inhalten erfordern Zugang für alle und einen verantwortungsvollen Umgang sowie die Fähigkeit zum kritischen Hinterfragen. Diese Medienkompetenz ist Voraussetzung für eine vollständige Teilhabe am wirtschaftlichen und sozialen Leben. Sie soll daher in der Pädagogen-Ausbildung eine wichtige Rolle spielen und altersgruppengerecht in Kindergärten und Schulen sowie in der Erwachsenenbildung vermittelt werden.
- Die moderne Medienwelt verändert die soziale Organisation unserer Gesellschaft. Kinder und Jugendliche sind in der mediatisierten Kommunikationswelt besonders gefordert, sich mit der eigenen Identität, der Sozialkompetenz und dem Informationsmanagement auseinanderzusetzen. Dabei brauchen sie Hilfe und Schutz vor möglichen Gefahren und Auswüchsen der modernen Medienwelt - wie zum Beispiel Cybermobbing. Das Zusammenspiel zwischen Eltern und Schulen vor allem in Fragen der Aufmerksamkeit und Kompetenzvermittlung ist hier genauso wichtig wie die Stärkung unserer Jugendlichen zu zivilgesellschaftlichen Verhaltensweisen.
- Ob und wie sehr unsere Gesellschaft die Chancen der Digitalisierung nutzen kann, hängt ganz stark mit Sicherheit, Verlässlichkeit und Vertrauen zusammen. Persönlichkeits- und Datenschutz haben einen hohen Stellenwert, ebenso wie die Bekämpfung der Cyberkriminalität. Immer häufiger hinterlassen „Täter“ ihre Spuren im virtuellen Netz. Die Möglichkeit, diese Spuren zu verfolgen, muss für unsere Sicherheitsbehörden gewährleistet werden. Andernfalls ist zu befürchten, dass zunehmend rechtsverfolgungsfreie Räume entstehen. Die Bekämpfung des oft anonymen Missbrauchs des Internets zur Verunglimpfung von Personen sowie der Missbrauch von Daten, die über das Internet bezogen werden, auch mit rechtlichen Mitteln, soll die unerlässliche Eigenvorsorge des Bürgers (Medienkompetenz, verantwortungsvolle Nutzung) ergänzen.

Sicherheit:

Staatliches Gewaltmonopol erhalten, freiwillige Strukturen stärken

Wir wollen, dass die Menschen in unserer Region frei, sicher und selbstbestimmt leben können. Das setzt voraus, dass der Staat für Freiheit und für Frieden nach innen und außen sorgt. Nur dann können zentrale Werte wie Selbstbestimmung, Verantwortung, Leistung, Eigentum und Solidarität mit Leben erfüllt werden.

Wir wollen, dass die Menschen in unserem Land das Recht auf freie Meinungsäußerung haben, auf Datenschutz und Anonymität zählen können und sicher sind vor Straftaten. Wir stehen für Toleranz, die aber dort endet, wo persönliche Sicherheit und Rechte gefährdet sind. Toleranz ist keine Einbahnstraße und muss nicht nur gewährt, sondern auch eingefordert werden können.

Wir wollen, dass die Menschen in unserer Region in Katastrophen- und Notfällen auf solidarische Hilfe zählen können, wobei die Freiwilligkeit eine der zentralen Säulen ist. Diese Solidarität der Gesellschaft kann aber keinesfalls die Eigenverantwortung des Einzelnen oder fehlende Zivilcourage ersetzen. Wir sprechen uns daher entschieden gegen eine 'Vollkasko-Gesellschaft' aus.

- Das Gewaltmonopol des Staates im Bereich der Sicherheit ist unbestritten und bedeutet nicht staatliche Allmacht, sondern maximale Rechtssicherheit für die Bürgerinnen und Bürger. Die Aufrechterhaltung der Sicherheit ist eine staatliche und hoheitsrechtliche Grundaufgabe und basiert auf einem gesetzlichen Rahmen, der demokratisch legitimiert und kontrolliert ist. Wir sprechen uns daher klar gegen Privatisierungs- und Auslagerungstendenzen von Sicherheitsaufgaben aus.
- Zur konsequenten und wirkungsvollen Bekämpfung von Gewaltanwendung und Kriminalität sind der Exekutive und Justiz die erforderlichen Instrumente zur Verfügung zu stellen. Unabhängig davon ist auch jeder Einzelne gefordert, durch Eigenverantwortung und Zivilcourage seinen Beitrag zur Sicherheit in seinem direkten Umfeld zu leisten, ohne dabei Tendenzen in Richtung Selbstjustiz oder Bürgerwehren Vorschub zu leisten. Durch das eigene Verhalten trägt jede Bürgerin und jeder Bürger Mitverantwortung für den inneren Frieden im Land.
- Der Sicherheitsrahmen reicht vom subjektiven Sicherheitsempfinden im direkten Umfeld der Bürgerinnen und Bürger bis zur äußeren Sicherheit und dem Beitrag Österreichs zur Sicherheit in der Welt. Als Grundrecht der Bevölkerung ist Sicherheit ge-

geben, wenn Personen und Eigentum sowohl vom Staat, als auch von den Mitbürgerinnen und Mitbürgern nicht nur respektiert, sondern auch rechtlich geschützt werden und auf diese Grundlage vertraut werden kann.

- Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich darauf verlassen können, dass in Krisen-, Not- und Katastrophenfällen staatliche, sowie organisierte freiwillige Strukturen bestehen, die diese Situation koordinieren, leiten, und die zur Vorbereitung und Bewältigung notwendigen Informationen zur Verfügung stellen.
- Der Staat muss alle politischen und rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, damit aus der begrenzten Krise kein Notfall oder Katastrophenfall wird und in weiterer Folge die möglichst rasche Rückkehr zur Normalität gewährleistet ist. Dabei ist speziell auch für neue Bedrohungsszenarien, wie beispielsweise Cyberattacken oder 'Blackouts' Vorsorge zu treffen.
- Zur Bewältigung von Krisen-, Not- und Katastrophenfällen braucht es vor allem vorbereitete und zur Selbsthilfe fähige Bürgerinnen und Bürger, damit Hilfe 'pyramidenartig' organisiert werden kann: Von der Selbst- und Nachbarschaftshilfe des Einzelnen über organisierte freiwillige Hilfsorganisationen bis hin zu staatlichen Organen wie Exekutive und Bundesheer.
- Diese Eigeninitiative und dieser unbezahlte Beitrag des Einzelnen kann durch keine, auch noch so gut organisierte, ausgebildete oder ausgestattete hauptamtlich tätige Institution ersetzt werden. Wir wollen die Freiwilligkeit und das ehrenamtliche Engagement in allen Bereichen nach Kräften ermöglichen, absichern und unterstützen. Wir verwehren uns gegen Rahmenbedingungen wie beispielsweise überbordende Vorschriften und Anforderungsprofile, die ehrenamtliches Engagement erschweren oder gar unmöglich machen. Sind die zumutbaren Grenzen der Freiwilligkeit überschritten, muss der Bürger auf die Hilfe staatlicher Organe vertrauen können.
- Die hochtechnologisierte, global vernetzte Welt, in der steigende Datenmengen erhoben und gespeichert werden, bringt große Chancen und Vorteile, birgt aber auch enorme Risiken. Daher nimmt Datenschutz in der Sicherheitspolitik eine immer zentralere Rolle ein. Datensicherheit ist dann gegeben, wenn der Bürger darauf vertrauen kann, dass staatlich oder institutionell erhobene Daten ausschließlich zweckkonform und nicht missbräuchlich verwendet werden, sowie vor kriminellen Zugriffen geschützt sind.

Den Behörden ist der Zugriff auf die zu ihrer Aufgabenerfüllung notwendigen Daten zu gewähren, wenn es der Gefahrenabwehr dient. Gleichzeitig braucht es das Bewusstsein und die Eigenverantwortung des Einzelnen, sensibel und verantwortungsvoll mit freiwillig preisgegebenen persönlichen Daten umzugehen und somit auch selber für Datenschutz zu sorgen.

- Wir stehen für eine Gesellschaft, die tolerant und offen gegenüber unterschiedlichen Meinungen, Geschlechtern, Religionen und Nationalitäten ist und sehen in dieser Vielfalt großes Potential. Diese Toleranz endet aber dort, wo bestehende rechtstaatliche Normen und die westeuropäische kulturelle und christliche Werteordnung in Frage gestellt oder gebrochen werden bzw. das Sozial- und Rechtssystem missbraucht wird. Gegen derartige Verstöße ist mit aller Härte vorzugehen. Bei Missbrauch und Übertretung dieser Grenzen stehen wir für eine Null-Toleranz-Politik. Wir sprechen uns klar und entschieden gegen jede Form des Extremismus, Radikalismus und Terrorismus aus. Hier sind neben staatlichen Behörden auch die Gesellschaft und der Einzelne gefordert, die Augen vor einschlägigen Tendenzen und Entwicklungen nicht zu verschließen und im Fall des Falles Zivilcourage zu beweisen.
- Die Frage von Asyl ist klar von der Frage allgemeiner Migrationsströme zu trennen: Die Unterstützung Asylsuchender ist die solidarische Pflicht unserer Gesellschaft. Für eine erfolgreiche langfristige Integration braucht es eine durchdachte Zuwanderungspolitik. Mit der Möglichkeit zur freien Entfaltung in unserer Gesellschaft ist aber auch die Pflicht verbunden, die Regeln dieser Gesellschaft zu beachten, wie die Einhaltung unserer freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung und der Menschenrechte. Die Einhaltung dieser Pflichten ist auch eine Frage der inneren Sicherheit.
- Die Salzburger Volkspartei bekennt sich zu einem reformierten Österreichischen Bundesheer mit gesetzlich definierten Aufgaben, zur allgemeinen Wehrpflicht und zum Zivildienst als Wehersatzdienst. Zur zweckmäßigen Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben sind dem Bundesheer die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen und die erforderlichen Rahmenbedingungen zügig zu schaffen. Das Milizsystem ist aufrechtzuerhalten, gehört aber neu positioniert. Wir wollen ein Bundesheer aus der Bevölkerung für die Bevölkerung.
- In Anbetracht der veränderten geopolitischen Lage und der europäischen Einigung sollte die österreichische Neutralität im Kern erhalten bleiben, aber den neuen Rahmenbedingungen angepasst werden. Ein Beitritt Österreichs zu einem Militärbündnis

ist jedenfalls auszuschließen. Wir sehen den Weg der österreichischen Sicherheitspolitik in der Rolle eines neutralen Staates in der Partnerschaft mit der sich ständig weiterentwickelnden Sicherheitsarchitektur der Europäischen Union. In diesem Rahmen muss Österreich auch in der Lage sein, einen angemessenen Beitrag zur Sicherheit in Europa und der Welt zu leisten.

Raumordnung und Wohnen:

Vielfältige Lebensräume erhalten, Wohnen im Eigentum ermöglichen

Raumordnung

Raumordnung definiert, wie die Bereiche Wohnen, Leben, Arbeiten, Freizeit, Verkehr und vieles mehr gemeinsam funktionieren können. Wir wollen funktionierende und attraktive Lebensräume in Salzburg sicherstellen; starke und eigenständige Kommunen sind dafür eine wichtige Voraussetzung. Wir achten das Prinzip der Subsidiarität, um die individuellen Potentiale von Gemeinden, Städten und Regionen nützen zu können und erkennen die Notwendigkeit der bedarfsgerechten Entwicklung von gemeinsamen Zentren. Auf Landes- und regionaler Ebene sind Rahmenbedingungen zu gestalten, die den Gemeinden ausreichend Handlungsspielraum für eine bürgernahe Politik ermöglichen. Raumordnung ist primäre Aufgabe der Gemeinden – regionale und landesweite Abstimmung ist unabdingbar. Raumordnungspolitik muss die Bedürfnisse der Bevölkerung erfüllen. Gerade Immobilienspekulationen mit gewidmeten Flächen und bestehenden Liegenschaften widersprechen dabei unserem Grundsatz, leistbares Bauland zur Verfügung zu stellen. Auch in Zukunft wird es sowohl innerörtlich aber auch überörtlich hohe Mobilität brauchen. Die Salzburger Volkspartei steht zur Politik der kurzen Wege und einer Verkehrsreduktion, die primär durch das Setzen von Anreizen statt Verboten erreicht werden soll.

- Wir bekennen uns zu einem sorgsamem Umgang mit Grund und Boden. Dafür sind Instrumente zu entwickeln, die sicherstellen, dass gewidmetes Bauland nur bei tatsächlichem Bedarf und nur bei einer Nutzung, die den Zielen der Gemeinden entspricht, ausgewiesen wird.
- Gleichzeitig muss Raumordnung Entwicklungsmöglichkeiten auch für die nachfolgenden Generationen erhalten und regelmäßig überprüfen. Die im Bundesland Salzburg vorherrschende hohe Lebensqualität darf nicht unzumutbar eingeschränkt werden.
- Die Raumordnung darf nicht als Instrument der Spekulation missbraucht werden. Bei der Wertsteigerung durch Widmung, vor allem in Hinblick auf Großflächen, soll durch Raumordnungsverträge dem sozialen Ausgleich Rechnung getragen werden.

- Der Aspekt der Eigenverantwortung gilt auch in den Bereichen Raumordnung und Wohnbau. Wir stehen für eine Wahl- und Entscheidungsfreiheit in der Frage der Niederlassung sowie für eine Wahlfreiheit in den vielfältigen Wohnformen und -größen, mit daraus entstehender Eigenverantwortung. Die Grenzen dieser Freiheiten bilden potentielle Gesundheits- oder Umweltgefährdungen.
- Baulandmobilisierung durch Anreize für Grundeigentümer kann einen Beitrag zur Schaffung von mehr leistbarem Wohnraum im Land Salzburg erbringen. Dies soll vorrangig durch die Aufrechterhaltung von Baulandmodellen für Gemeinden zur strukturellen Optimierung sowie vergleichbaren Förderungen für Eigentum- und Mietwohnlösungen sichergestellt werden.
- Wir wollen keine Zentralisierung der Lebensräume, weder innerhalb der Städte noch im ländlichen Raum. Entscheidungen im Bereich der Raumordnung sollten grundsätzlich lokal sowie regional erfolgen. In Bereichen mit überregionaler Bedeutung bedarf es einer übergeordneten Regelung. Insbesondere betrifft dies die Möglichkeit, benötigte Infrastrukturkorridore aufrecht zu erhalten. Die Vielfältigkeit der Regionen erhöht auch die Wahlfreiheit der Bürger und ist durch einen gezielten Ausbau der modernen Infrastruktur zu erhalten und zu fördern. Chancengleichheit zwischen den Gemeinden muss auf überregionaler Ebene gewährleistet werden.
- Wir sehen eine gute dörfliche Durchmischung von Wohn-, Arbeits- und Erholungsräumen als gesellschaftspolitische Aufgabe der Raumordnung. Lokale Entscheidungen und regionale Abstimmungen sind dafür unumgänglich. Wir bekennen uns zu Solidarität in der Region; durch eine bewusste Funktionsteilung in Wohngemeinden und Arbeitgebende Gemeinden können zusätzliche Potentiale in regional benachteiligten Gemeinden gehoben werden. Der Lastenausgleich hat allerdings dort seine Grenzen, wo Gemeinden bewusst auf die Nutzung ihrer Standortpotentiale verzichten.
- Wir bekennen uns zu einem verantwortungsvollen Umgang mit dem hohen Gut Mobilität innerhalb der Raumordnung, sowie zur Freiheit in der Wahl der Verkehrsmittel, die durch entsprechende Angebote sichergestellt werden muss. Wir wollen keine Beschränkungen aus Verboten, sondern das Schaffen von Anreizen durch Förderung von Alternativen.

- Möglichst kurze Wege von der Wohnstätte zum Arbeitsplatz, Einkaufen, Freizeitangebot oder Bildungsstätten sind nicht nur ein Beitrag zum Zeitmanagement der Bevölkerung, sondern auch ein wesentlicher Aspekt der Verkehrsreduktion. Kurze Wege für Arbeit, Wohnen und Versorgung müssen daher ein übergeordnetes raumordnungspolitisches Ziel sein. Wir setzen uns dafür ein, die Arbeit zu den Menschen zu bringen.

Wohnen

Wohnen ist ein elementares Grundbedürfnis für alle Menschen. Leistbares Wohnen ist unser zentrales Ziel – im Bereich der Miete und im Bereich des Eigentums. Um erschwinglichen Wohnraum zu ermöglichen, muss in unterschiedlichsten Politikfeldern angesetzt werden. Vor allem in der Raumordnung und in der Wohnbauförderung.

Prognosen weisen für das Land Salzburg sowohl auf eine Bevölkerungszunahme, als auch auf eine steigende Anzahl von Privathaushalten hin. Das bedeutet einen weiterhin hohen Wohnbedarf sowie Herausforderungen in der Nahversorgung. Steigende Baulandpreise in den Zentralräumen verschärfen diese Herausforderung zusätzlich. Besonders, wenn man bedenkt, dass nicht einmal 20% des Bundeslandes theoretisch besiedelbar sind.

Das Thema Wohnen ist sehr facettenreich und hat unterschiedlichste Bedürfnisse der Menschen zu erfüllen. Nicht die Zwangszuweisung von Wohnraum ist unser Ziel, sondern die Wahlfreiheit. Wir sehen es als unsere Verpflichtung, leistbares Wohnen im Eigentum als auch in der Miete zu ermöglichen.

- Wir bekennen uns zu einer mobilisierenden Vorgehensweise in der Raumordnung mittels Raumordnungsverträgen, ohne jedoch an den Grundfesten des Eigentums zu rütteln. Unsere Grundsätze der Raumordnung beruhen nicht auf der Enteignung, sondern auf partnerschaftlichem Umgang und der Einbeziehung von Anreizsystemen.
- Wir wollen das Schaffen und Erhalten von Eigentum ermöglichen, fördern und schützen. Es muss dem Einzelnen möglich sein, durch Leistungsbereitschaft Wohnwerte für die kommenden Generationen zu schaffen. Wohneigentum ist Zukunftsvorsorge und schafft Freiheit.

- Die Nachverdichtung in bestehenden Wohngebieten (gerade für generationenübergreifende Wohnformen) ist ebenso unser Ziel wie das Angebot von neuen Wohnbauflächen. Um die Gemeinden in ihrem sozialen Gefüge zu erhalten, muss es auch Angebote für unsere Kinder geben.
- Gestaltende Maßnahmen in der Wohnraumpolitik sollen den generationenübergreifenden Zusammenhalt in den Familien fördern. Die Wohnform beeinflusst die Bereitschaft, sich in gesellschaftspolitische Belange einzubringen. Ein ständiger Wohnortwechsel verringert die gesellschaftliche Integration der betroffenen Menschen, langfristige Wohnformen hingegen gehen umsichtiger mit der Nachbarschaft um und besitzen darüber hinaus eine höhere Bereitschaft, sich in Strukturen und Vereine zu integrieren.

Europa:

Als aktives Mitglied in der EU Verantwortung tragen

Mit der Volksabstimmung im Jahr 1994 demonstrierten zwei Drittel der österreichischen Bevölkerung ihr Bekenntnis zum europäischen Gedanken. Der daraus resultierende Beitritt zur Europäischen Union (am 1. Jänner 1995) brachte viel Veränderung mit sich. Österreich partizipiert an der Wirtschafts- und Währungsunion und der Schilling wurde vom Euro abgelöst. Österreich übernimmt Funktionen in der Europäischen Union (EU-Präsidentschaft 1998 und 2006) und beteiligt sich an der Diskussion über eine Reform der EU und ihrer Institutionen. Im Rahmen der EU-Erweiterungen in den Jahren 2004, 2007 und 2013 wurden unter anderem einige unserer Nachbarländer (Ungarn, die Tschechische Republik, Slowenien, die Slowakei und Kroatien) neue Mitglieder der Gemeinschaft.

- Als Europapartei und überzeugte Europäer bekennen wir uns zu den Grundwerten der Europäischen Union, die wir mit den anderen Mitgliedsländern teilen. Wir bekennen uns zu unserem österreichischen historischen, kulturellen und traditionellen Erbe. Wir respektieren die Vielfalt an nationalen und regionalen Traditionen jedes einzelnen Mitgliedsstaates und seiner Bevölkerung, um zu einem internationalen Vorbild zu werden.
- Die Europäische Union bewirkt einen Mehrwert für uns Salzburger und für Europa. Als DIE Europapartei sehen wir es als unsere Aufgabe, diese Tatsache zu transportieren und den Bewohnern unseres Landes zu vermitteln. Jeder einzelne Bürger und jeder Wirtschaftstreibende soll die Grundvoraussetzung haben, die Chancen und Möglichkeiten der EU bestmöglich zu nutzen.
- Österreich und Salzburg bieten der Europäischen Union neben ihrem geschichtlichen Erbe ein vielfältiges Angebot an Produkten und Dienstleistungen sowie Ideen und langfristig erprobte Modelle (z.B. Duales Ausbildungssystem, Sozialpartnerschaft). Wir als Salzburger Volkspartei fordern, fördern und forcieren Kooperationen unseres Bundeslandes, unserer Regionen und unserer Gemeinden auch über die europäischen Grenzen hinaus, um einen Austausch an Erfahrung, Wissen, Dienstleistungen und Gütern voran zu treiben.

- Wir achten die föderalistische Struktur der Europäischen Union und fordern die konsequente Anwendung des Prinzips der Subsidiarität ein, in dessen Natur die Entfaltung der individuellen Fähigkeiten, der Selbstbestimmung und Selbstverantwortung jedes Mitgliedslandes liegt. Unser Wunsch für Salzburg lautet: Mehr Eigenverantwortung und weniger Reglementierung der „kleinen“ Dinge des alltäglichen Lebens.
- Als wohlhabendes Land trägt Österreich eine solidarische Verantwortung gegenüber den weniger entwickelten Regionen. Aus diesem Grund befürworten wir die Unterstützung der neueren Mitgliedsstaaten, um vor Ort die Lebensqualität zu erhöhen und den Menschen Perspektiven zu geben mit dem langfristigen Ziel, der Abwanderung entgegen zu wirken. Daher ist besonders die Kohäsionspolitik ein wesentliches Instrument, um die Herausforderungen der Zukunft sowohl in Österreich als auch in Europa zu bestreiten. Nur gemeinsam mit den anderen Mitgliedsstaaten können wir in Zukunft ökonomisch, ökologisch und soziale Nachhaltigkeit leben.

Wir sind Salzburger. Wir sind Österreicher. Wir sind Europäer.

